Morgen-Ausgabe.

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ausschl. Bestellgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Nr. 6308 des amtl. Zeit.-Verz.

Für die Redaktion verantwortlich Dr. Ewald Schulze in Halle.
[Fernsprechverbindung Nr. 176.]

Saale-Zeitung.

Dreiunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unsern Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 60 Pf.
Erscheint wöchentlich zweimal: Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.
[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 41. **Halle a. d. Saale, Mittwoch den 25. Januar** **1899.**

Deutsches Reich.

Der Kaiser in Hannover.

Der Kaiser traf gestern kurz vor 12 Uhr in Hannover ein und begab sich direkt zum Waterloo-Platze, wo die Truppen in Parade aufgestellt waren und S. M. mit Hurrahrufen begrüßten. Der Kaiser versammelte zunächst die Offiziere, unter denen sich auch Deputationen der ausgerückt Hannovers stehenden Truppentheile des 10. Armeecorps befanden, um sich und ließ nachstehende Kabinetsordre verlesen:

„An das Generalkommando des 10. Armeecorps.

Als Mein in Gott ruhender Herr Großvater im Jahre 1870 zur Abwehr feindlichen Anfalles das Schwert zog, standen Hannovers kriegerische Söhne treu zu ihrem neuen König und zu ihrem deutschen Vaterlande, auf blutigen Schlachtfeldern bewährten sie die alte hannoversche Tapferkeit. Auf die unvergänglichen Ehrentafeln der Vergangenheit schrieben sie die neuen Namen Spichern, Metz, Beaune la Rolande, Le Mans. So zeigten sie sich der Ahnen werth, der Sieger von Krefeld, Minden und Waterloo sowie der tapferen Streiter auf der spanischen Halbinsel. Diese Ihnen und der ganzen Provinz Hannover so theueren Erinnerungen, die mit der Auflösung der Hannoverschen Armee die Hauptstätte ihrer Pflege eingebüßt hatten, habe ich zu beleben beschlossen. Von nun an sollen die preußischen Truppentheile, welche die alten hannoverschen Krieger aufgenommen hatten, Träger der Ueberlieferungen der früheren hannoverschen Regimenter sein und deren Auszeichnungen weiter führen. Ich will dadurch sowohl den Kämpfern von 1870/71 ein neues Zeichen Meines königlichen Dankes geben, als auch die vielfach besonders hervorragenden Leistungen anerkennen, welche den hannoverschen Soldaten zu allen Zeiten einen ehrenvollen Namen errungen haben. Zugleich gebe Ich Mich der Hoffnung hin, daß jetzt alle früheren Angehörigen der hannoverschen Armee die lang entbehrte Stätte wiederfinden werden, an der sie im Kreise der jüngeren Kameraden die stolzen Erinnerungen der Vorfahren pflegen können. Ich bestimme hierauf, daß als Eins angesehen werden:

das 2. Infanterie-Regiment mit dem 4. Hannoverschen Infanterie-Regiment Nr. 164, mit dem 27. Nov. 1813 als Stiftungstag;

das 3. Infanterie-Regiment mit dem 1. Hannoverschen Infanterie-Regiment Nr. 74, mit dem 27. Nov. 1813 als Stiftungstag;

das 4. Infanterie-Regiment mit dem 5. Hannoverschen Infanterie-Regiment Nr. 165, mit dem 24. März 1813 als Stiftungstag;

das 5. Infanterie-Regiment mit dem 2. Hannoverschen Infanterie-Regiment Nr. 77, mit dem 26. März 1813 als Stiftungstag;

das 6. Infanterie-Regiment mit dem Infanterie-Regiment Herzog Friedrich Wilhelm von Braunschweig (Ostfriesisches), Nr. 78, mit dem 30. Nov. 1813 als Stiftungstag;

das Garde-, 2. und 3. Jäger-Bataillon mit dem Hannoverschen Jäger-Bataillon Nr. 10, mit dem 19. Dez. 1803 als Stiftungstag;

die Garde du Corps mit Meinem Ulanen-Regiment (1. Hannoversches) Nr. 13, mit dem 19. Dez. 1803 als Stiftungstag;

das Garde-Kürassier-Regiment mit dem 2. Hannoverschen Ulanen-Regiment Nr. 14, mit dem 10. Dez. 1805 als Stiftungstag;

das Garde- und das Königin-Husaren-Regiment mit dem Husaren-Regiment Königin Wilhelmine der Niederlande (1. Hannoversches) Nr. 15, mit dem 19. Dez. 1803 als Stiftungstag;

das Cambridge-Dragoner-Regiment mit dem 1. Hannoverschen Dragoner-Regiment Nr. 9, mit dem 25. Nov. 1805 als Stiftungstag;

das Kronprinz-Dragoner-Regiment mit dem 2. Hannoverschen Dragoner-Regiment Nr. 16, mit dem 24. März 1813 als Stiftungstag;

die Artillerie mit dem Feldartillerie-Regiment v. Scharnhorst (1. Hannoversches) Nr. 10, mit dem 19. Dez. 1803 als Stiftungstag;

das Ingenieur-Corps mit dem Hannoverschen Pionier-Bataillon Nr. 10, das Train-Corps mit dem Hannoverschen Train-Bataillon Nr. 10."

(Die Ordre trägt das Datum: Berlin, den 24. Jan. 1899.)

Nach der Verlesung ergriff der Kaiser das Wort zu folgender Ansprache:

„Ich habe den heutigen Tag, den Geburtstag Friedrichs des Großen, erwählt, um die ruhmvollen Thaten der Hannoverschen Armee mit dem 10. Armeecorps wieder erstehen zu lassen, weil unter der Führung dieses größten Feldherrn seines Jahrhunderts es auch der Hannoverschen Armee vergönnt war, Siegeslorbeer für ihre Feldzeichen zu erringen. Die unvergeßlichen Tage von Minden und Krefeld reden davon. Das 10. Armeecorps hat in dem glorreichen Kriege 1870/71 wie in späterer Friedenszeit, besonders durch seine vortreffliche Haltung im vorigen Jahre, als ich es besichtigte, Mir die Gewähr gegeben, daß es sich als ein treuer Hüter der herrlichen Traditionen der hannoverschen Armee erweisen wird. Von Meinem Ulanen-Regiment erwarte Ich ganz besonders, daß die großen Ehrungen, welche Ich heute auf dasselbe gehäuft habe, ein neuer Ansporn sein werden, stets durch seine Leistungen besonders hervorzuleuchten. Den alten ehemaligen Kameraden werden die Regimenter des 10. Armeecorps fortan eine Heimstätte für sie und ihre Söhne sein, und sie werden den vortrefflichen Geist der nie ermüdenden Treue und rückhaltlosen Tapferkeit der hannoverschen Söhne bis in die fernsten Zeiten in sich stets fortpflanzen und pflegen."

Die Königs-Ulanen erhielten silberne Pauken und einen fliegenden Adler mit dem Gardestern an der Tschapka und dem Motto des alten hannoverschen Garde du Corps-Regiments: „Peninsula, Waterloo, Garcia, Hernandez." Zahlreiche Ordensverleihungen folgten: dann sprach der kommandirende General des 10. Armeecorps, General der Infanterie v. Seebeck, Sr. M. in kurzen Worten seinen Dank aus, während die Truppen unter Hurrahrufen präsentirten.

Nach beendigter Parade begab sich der Kaiser sofort in das Kasino des Regiments „Prinz Albrecht", um dort mit den Offizieren zu speisen. An dem Frühstück nahmen außer den direkten Vorgesetzten nur die ehemaligen hannoverschen Offizierе, ungefähr 60, und die Deputationen hannoverscher Truppentheile von außerhalb, außerdem Generaloberst Graf Waldersee theil. Während der Tafel hielt der Kaiser eine Ansprache, welche etwa folgendermaßen lautete:

„Eines der Hauptprinzipe, welche Ich stets, so lange Ich die Ehre habe, Mein Heer zu führen, allerorten verkündet und vertreten habe, ist Tradition, und dieser Gedanke hat Mich zu dem Entschluß geführt, welcher an dem heutigen Tage seine Vollendung gefunden hat. Ich glaube des Einverständnisses Aller sicher zu sein, wenn Ich annehme, daß die heute von Mir befohlenen Ehrungen Ihrer Aller Herzen mit Freude erfüllt haben, weil durch dieselben die Tradition hochgehalten wird und die glorreichen Namen der Vergangenheit wieder aufgelebt sind. Ich wünsche dem 10. Armeecorps von Herzen Glück dazu, daß es mit Stolz zurückblicken kann auch auf die ruhmreichen Tage der hannoverschen Armee von Krefeld, Minden und Waterloo. Dann hat Mich aber vor allem auch der Gesichtspunkt geleitet, daß Ich es für den zurückgezogen lebenden Soldaten als das Schwerste gehalten habe, daß es ihm nicht mehr vergönnt ist, mit seinem Truppentheile Freud und Leid zu theilen. Es lag mir daran, Ihnen heute diese Lücke auszufüllen, indem Ich die Tradition der hannoverschen Regimenter mit den neuen Regimentern des 10. Armeecorps wieder habe aufleben lassen, und hierdurch den Herren die Erinnerung an ihre militärische Jugendzeit frisch erweckt habe. In den Regimentern des 10. Armeecorps und den sonstigen hannoverschen Truppentheilen mögen nunmehr diejenigen, welche der alten hannoverschen Armee angehört haben, ihre volle Heimath finden. Das 10. Armeecorps aber möge sich stets der stolzen Thaten der alten hannoverschen Armee bewußt bleiben. Alles, was wir auf dem Herzen haben, alles, was wir wünschen und hoffen, fassen wir zusammen in den Ruf: Das 10. Armeecorps Hurrah!"

Der kommandirende General v. Seebeck dankte im Namen des Armeecorps. Dann erbat sich Generalleutnant z. D. v. Schaumann die Erlaubniß, einige Worte zu sprechen, und gab dem wärmsten Dank der ehemaligen hannoverschen Offiziere für die ihnen von dem Kaiser erwiesene Ehre Ausdruck. Er forderte die Kameraden auf, in ein Hurrah auf den Kaiser einzustimmen. Als S. M. die Tafel aufhob und sich verabschiedete, brachte ihm auf Aufforderung des Oberst a. D. Knauer die Versammlung nochmals ein brausendes „Hurrah". Der Kaiser fuhr dann zu einem kurzen Besuche in die Wohnung des Grafen Waldersee und kehrte um 5 Uhr nach Berlin zurück.

*

Die oben mitgetheilte Proklamation des Kaisers in Hannover zerreißt, wie die „M. Z." betont, mit einem Schlage das Gewirr von Kombinationen und Gerüchten, mit denen der heutige Besuch des Kaisers in Hannover bereits umwoben war. Sie ist keine Kundgebung für, sondern gegen das Welfenthum. Indem der Kaiser die Traditionen der alten hannoverschen Regimenter für die neuen des preußischen zehnten Armeecorps in Anspruch nimmt, hat er klar vor aller Welt zu erkennen gegeben, daß Hannover für immer mit Preußen verbunden bleibt. Ob ein Brief des Prinzen Georg von Cumberland existirt, in dem die durch das Jahr 1866 geschaffenen Zustände anerkannt werden, muß dahingestellt bleiben. Die Situation würde jedenfalls dadurch nicht verändert werden. Preußen kann es nicht zugeben, daß in Braunschweig sich ein Nest welfischer Agitation bildet.

Krisengerüchte

gehen wieder einmal durch die Blätter. Die Stellung des Grafen Posadowsky halten die einen für erschüttert, ohne nähere Gründe dafür anzugeben. Graf Posadowsky ist nicht auf Rosen gebettet. Aufgaben, wie sie ihm durch das sogen. Zuchthausgesetz gestellt sind, haben ihre Schwierigkeiten und Gefahren, auch für einen so unternehmenden jüngeren Staatsmann, wie Graf Posadowsky es ist. Er wird aber darüber schon hinwegkommen. Andere glauben wieder, daß der Rücktritt des Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe bald bevorstehe, und es ist allerdings richtig, daß man in Reichstagskreisen davon gesprochen hat. Dieser Fall kann bei dem hohen Alter des Fürsten eintreten, auch ohne daß eine sogen. Krisis vorliegt. Es ist erstaunlich genug, wie lange der Fürst die Last des Amtes trägt. Das Interessante an den Gerüchten ist, daß diesmal in der Person des Statthalters von Elsaß-Lothringen, des Fürsten zu Hohenlohe-Langenburg, ein neuer Kandidat für den Reichskanzlerposten genannt wird, der an dem Nennen um dieses hohe Ziel bisher nicht betheiligt war. Man scheint, nach der „Frkf. Ztg.", zu glauben, daß bei der letzten Anwesenheit des Fürsten in Berlin Besprechungen für eine zukünftige Eventualität stattgefunden haben, und man verbindet damit eine Kombination für die Besetzung des Statthalterpostens in Elsaß-Lothringen. Der Schwager des Kaisers, Fürst Adolf zu Schaumburg-Lippe, wird in dieser Verbindung genannt.

Der Samoastreit.

Der Nachricht, daß auf der in Berlin abzuhaltenden Konferenz zur Abänderung des Samoavertrages Amerika auf das Mitprotektorat ganz verzichten und Deutschland freundlich entgegenkommen werde, wird nicht viel Glauben beigemessen. Es ist überhaupt ungewiß, ob es zu einer solchen Konferenz kommt, ebenso zweifelhaft ist es, ob Deutschland sich auf ein bloßes Protektorat einläßt, das ihm neben zweifelhaften Rechten auch lästige Pflichten auferlegen und vielleicht eine Quelle neuer Streitigkeiten mit den anderen Mächten werden könnte. — In München fand gestern abend die angekündigte Versammlung der dort lebenden Amerikaner statt. In derselben wurde die Absendung eines Protestschreibens an den Präsidenten Mac Kinley, sowie von Absichtsten desselben an das Repräsentantenhaus und den Senat in Washington beschlossen. Das Verhalten des Abg. Berry im amerikanischen Repräsentantenhause wurde einer scharfen und abfälligen Kritik unterzogen. In dem Brief an den Präsidenten wird auch ganz besonders dem Bedauern Ausdruck gegeben, daß die Leichtgläubigkeit des Publikums in Amerika in so weitgehender Weise durch die dortige Sensationspresse ausgebeutet werde.

Parlamentarisches.

** **Berlin**, 24. Jan. Im Reichstag, der heute mit zwanzig Abgeordneten die Berathungen begann, wurde die sozialpolitische Debatte fortgesetzt; u. a. sprachen die Abgg. Stöcker und Dr Hasse; letzterer regte insbesondere die Förderung der Südpolforschung an, worauf Staatssekretär Graf Posadowsky erwiderte, daß wegen der Kosten, 1,1 Million Mark, und des Baues eines geeigneten Schiffes noch Erwägungen schwebten. Es kamen noch sechs sozialdemokratische Redner hinter einander zum Wort. In einer persönlichen Bemerkung setzte sich Abg. Möller mit einem Sozialdemokraten auseinander, worauf dem Staatssekretär das Gehalt bewilligt und auf die Tagesordnung für morgen der Jesuitenantrag gesetzt wurde.

Schon der Beginn der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses, welche die erste Lesung des Etats zu Ende führte, mußte den Minister des Innern darüber aufklären, wie sehr er gestern an den verschiedensten Punkten vorbeigegriffen hatte. Sogar der freikonservative Abg. Frhr. v. Zedlitz und Neukirch betonte, daß bei einer Anordnung wie der über das Einschreiten bei Ausständen nicht außer Acht gelassen werden dürfe, daß ein solcher Erlaß vorab auch als Warnung dienen müsse. Die Behandlung der Berliner Oberbürgermeisterfrage und des Falles Delbrück mißfiel ihm ebenfalls und er vertrat nachdrücklich die Ansicht, daß Begnadigungsakte und Bestätigungsfragen Regierungshandlungen sind, die das Haus zu kritisiren berechtigt ist. Dann hielt Abg. Motty eine Polemrede, auf die der konservative Abg. v. Staudy und der Finanzminister entgegneten. Eingehend beleuchtete Abg. v. Cynern alle kritischen Punkte, die in der Benathung hervorgetreten waren. Nachdrücklich wahrte er namentlich das Recht des Abgeordnetenhauses, an Bestätigungen und Begnadigungen, soweit sie verfassungsmäßig Regierungsakte sind, parlamentarische Kritik zu üben. Eine kurze Polemik des Finanzministers gegen diese Ausführungen leitete zu einer scharfen Rede des konservativen Abg. v. Heydebrand hinüber, der u. a. mit aller Emphase ein konfessionelles Volksschulgesetz verlangte und davon die Regelung der Schulunterhaltungspflicht abhängig machte. Dann sprach noch Abg. Schmieding, der sich u. a. über die Grundzüge der Kultur- und Wirthschaftspolitik verbreitete, und schließlich, stellenweise sehr beißend, Abg. Richter, der sich gegen die Regierung, insbesondere den Minister des Innern richtete. Eine Reihe persönlicher Bemerkungen bildeten den Schluß der Debatte, worauf der Etat an die Budgetkommission verwiesen und für morgen die Interpellation wegen der dänischen Ausweisungen auf die Tagesordnung gesetzt wurde.

** **Berlin**, 24. Jan. In der Budgetkommission des Reichstages wurde heute bei der Berathung des Extraordinariums des Reichseisenbahnamts zu der Forderung von 400,000 M. für eine elektrische Centrale in Mülhausen (Gesammtkosten 1,7 Millionen Mark) seitens der Regierung erklärt, daß im nächsten Jahre auch eine erste Rate zur Herstellung eines neuen Bahnhofes in Mülhausen eingesetzt werden solle, der dem gesteigerten Verkehr Rechnung tragen solle. Die Abgg. Möller, Dr. Lieber, Singer, Haußmann und Müller-Fulda erklären sich gegen den Bau der elektrischen Centrale vor dem Bau des Bahnhofes. Die Position wird darauf einstimmig abgelehnt. — Für die Anlage eines Rangirbahnhofes bei Straßburg und für den viergleisigen Ausbau der Strecke Straßburg-Wendenheim wurden die Mittel genehmigt zusammen mit zwei von den Abgg. Haußmann und Riff beantragten Resolutionen, welche im nächsten Etat weitere Verbesserungen der Verkehrsverhältnisse in den Reichslanden fordern.

* Das Gesetz über Schlachtvieh- und Fleischbeschau ist dem Bundesrath soeben zugegangen. Dasselbe unterwirft Rindvieh, Schweine, Schafe, Ziegen und Pferde, deren Fleisch zur menschlichen Nahrung dienen soll, vor und nach der Schlachtung der amtlichen Untersuchung. Bei Nothschlachtungen darf die Untersuchung vor der Schlachtung unterbleiben. Vor und nach der Schlachtung darf unterbleiben die Untersuchung von Schafen und Ziegen, sowie von noch nicht drei Monate alten Kälbern und Schweinen, wenn die Thiere keine Merkmale einer Krankheit zeigen und das Fleisch ausschließlich im eigenen Haushalt des Besitzers des Thieres verwendet werden soll. Zur Vornahme der Untersuchungen werden Beschaubezirke gebildet mit mindestens je zwei Beschauer — thunlichst approbirten Thierärzte — angestellt. Ohne ertheilte Genehmigung darf kein Thier geschlachtet werden. Nach der Schlachtung untauglich befundenes Fleisch ist von der Polizeibehörde in unschädlicher Weise zu beseitigen, soweit nicht seine Verwendung zu anderen Zwecken polizeilich zugelassen ist. Bedingt tauglich befundenes Fleisch kann unter vorgeschriebenen Sicherungsmaßregeln zum Genusse für Menschen brauchbar gemacht werden, der Vertrieb solchen Fleisches ist aber nur unter einer die Beschaffenheit des Fleisches erkennbar machenden Bezeichnung zulässig. Solches Fleisch darf nicht mit anderem zusammen feilgehalten werden und von Gastwirthen nur unter besonderer polizeilicher Genehmigung verabreicht werden und mit Anbringung eines besonders deutlichen Anschlages, der an in die Augen fallender Stelle die Beschaffenheit des Fleisches bekannt giebt. Denselben Vorschriften unterliegt Fleisch, das zwar zum Genusse für Menschen tauglich, aber nur einen niedrigeren Nahrungs-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18990125012/fragment/page=0001

oder Genußwerth besitzt. Importirtes Fleisch unterliegt bei der Einfuhr der Untersuchung. Auf Uebertretung der Vorschriften wird Gefängniß bis zu 6 Monaten und Geldbuße bis zu 1500 M. angesetzt.

* Am 15. Januar war der Termin abgelaufen, bis zu welchem sich die Bundesregierungen über den vom Reichsamt des Innern vorbereiteten Entwurf eines Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen zu äußern hatten. Diese Aeußerungen dürften nunmehr annähernd vollzählig beim Reichsamt des Innern eingelaufen sein. Es ist, nach dem „B. T.", mit Sicherheit anzunehmen, daß die meisten Bundesstaaten ihre prinzipielle Zustimmung zu dem Gesetzentwurf erklärt haben. Die etwa beantragten Aenderungen, die sich demnach nur auf nebensächliche Punkte beziehen, werden vom Reichsamt des Innern in kurzer Zeit vorgenommen werden können, so daß der Entwurf vielleicht noch in dieser Session an den Reichstag gelangen wird, damit gegebenenfalls das Reichsversicherungsgesetz gleichzeitig mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch 1900 in Kraft treten kann.

* Der Gesetzentwurf betr. die Fürsorge für Wittwen und Waisen von Lehrern an öffentlichen Volksschulen regelt die Verhältnisse nach Analogie der für die Staatsbeamten und deren Hinterbliebenen maßgebenden Bestimmungen. Die Vorlage enthält über 20 Paragraphen. Nach dem §3 soll das Wittwengeld 40 Proz. der Pension des betreffenden Beamten betragen, das Waisengeld für Kinder, deren Mutter lebt usw., ein Fünftel des Wittwengeldes, für Kinder, deren Mutter nicht lebt usw., ein Drittel des Wittwengeldes.

* In der württembergischen Kammer der Abgeordneten wurde gestern Payer mit 82 von 84 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten und Dr. Kiene mit 72 Stimmen zum Vizepräsidenten wiedergewählt.

Volkswirthschaftliches.

* Der preußische Städtetag nahm gestern einstimmig einen Antrag Delbrück-Danzig und Fuß-Kiel an, der die Maßregeln gegen die Einschleppung von Viehseuchen als auch im wirthschaftlichen Interesse der Städte liegend anerkannt; gleichzeitig aber verlangt, daß durch eine entsprechende Handhabung der durch das Viehseuchengesetz gegebenen Vollmachten eine ausgiebige Fleischversorgung der Städte ermöglicht wird, welche den minder begüterten und insbesondere den von der Handarbeit lebenden Klassen der städtischen Bevölkerung den Fleischgenuß in einem Umfange und zu Preisen ermöglicht, welche der Lebenshaltung und den Löhnen derselben entsprechen. Bezüglich des Schutzes des Kleingewerbes gegen Warenhäuser wurde beschlossen, eine der wirthschaftlichen Bedeutung und Leistungsfähigkeit der Handelsbetriebe entsprechende Umgestaltung der gewerblichen Besteuerung als eine Anforderung der Billigkeit und Gerechtigkeit zu bezeichnen, außerdem die Bevorzugung der Genossenschaften aufzuheben. Danach wurde der Städtetag geschlossen. Wir kommen noch näher hierauf zurück.

* Die Minister haben, wie voraussichtlich, die Beschwerde der Kassenleute über die Handelsgeschäfte der halleschen Kornhausgenossenschaft ablehnend beschieden. Die Genossenschaft habe allerdings auch von dritten Personen angekauft, dabei habe es sich aber um Landwirthe gehandelt, die der Erklärung ihres Beitrittes einen probeweisen Geschäftsabschluß hätten vorangehen lassen wollen. Der Ein- und Verkauf von Mais in dringenden Bedarfsfällen und der gemeinschaftliche An- und Verkauf von Dünge- und Futtermitteln überschreite nicht den Rahmen der von Anfang an für Kornhausgenossenschaften in Aussicht genommenen Geschäftsthätigkeit. — Ob eine solche Geschäftsthätigkeit von Anfang an in Aussicht genommen, ist gleichgiltig; thatsächlich greift die vom Staate privilegirte Kornhausgenossenschaft damit in den gewöhnlichen Handelsbetrieb ein.

Heer und Flotte.

* Die „Lippische Landesztg.", das Organ der detmolder Regierung, ist „aus bester Quelle" dahin unterrichtet worden, daß die Nachricht von der Verlegung des lippeschen Bataillons von Detmold nach Osnabrück „vollständig erfunden" sei.

* Die Offizierdeputation des preußischen Kaiser Franz-Garde-Grenadier-Regiments Nr. 2 traf gestern zum Besuche des 4. Bataillons des 34. Infanterie-Regiments in Iglau (Mähren) ein. Das dortige Offizierscorps bereitete seinen Gästen einen sehr herzlichen Empfang.

* Der auf der Heimreise begriffene Kreuzer „Bussard", dessen Eintreffen im Heimathshafen Kiel anfangs auf den 30. März festgesetzt war, wird wegen des zur Ausrüstung und Instandsetzung des Schiffes für die Heimreise nothwendig gewordenen Anlaufens von Sidney um etwa 10 Tage später in Kiel eintreffen. „Bussard" befindet sich jetzt in Batavia, wird am 10. Febr. in Colombo, am 25. Febr. in Aden, am 8. März in Port Said, am 24. März in Gibraltar, am 6. April in Cuxhaven und am 10. April in Kiel ankommen. Dabei ist der Aufenthalt in jedem dieser Häfen auf 3 Tage bemessen mit Ausnahme von Port Said, wo „Bussard" einige Tage länger verweilen wird.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

5. Sitzung vom 24. Januar, 11 Uhr.

Das Haus ist mäßig besetzt.

Am Ministertische: von Miquel, Thielen, Frhr. von der Recke, Dr. Bosse u. a.

Eingegangen: Das Reliktengesetz für Volksschullehrer.

Der Präsident **von Kröcher** erbittet und erhält vom Hause die Erlaubniß, dem Kaiser zu seinem bevorstehenden Geburtstage die Glückwünsche des Hauses darzubringen.

Abg. Frhr. **von Zedlitz** (freikons.): Auf die Ausweisungsangelegenheit will ich mich heute nicht einlassen. Das nur will ich hervorheben, daß das, was jetzt von den Deutschen gegen die Dänen geschieht, auch nicht annähernd verglichen werden kann mit dem, was früher von den Dänen gegen die Deutschen geschehen ist. Wir werden die Regierung in allen Maßnahmen zum Schutze des Deutschthums unterstützen, wenn sie kraftvoll durchgeführt werden. Ich kann in dieser Beziehung Herrn Dr. Sattler nur zustimmen. Herr Richter steht in dieser Frage, wie der Minister mit Recht hervorhob, auf einen längst überwundenen, philisterhaften Standpunkt. Auch auf die Kanalvorlage will ich nicht näher eingehen. Diese Frage ist eine reine Zweckmäßigkeitsfrage. Die Frage der Abtrennung der Wasserbauverwaltung ist noch nicht spruchreif. Wir werden dieselbe eingehend prüfen müssen. Was nun den Etat anlangt, so ist der Abschluß der Beamtenaufbesserungen, wie er in diesem Etat Ausdruck findet, nach Ansicht meiner politischen Freunde eine dringende Nothwendigkeit, damit endlich einmal die die Disciplin gefährdenden Agitationen der Beamten aufhören. Die Maßnahmen zur Hebung der Landestheile mit gemischt sprachlicher Bevölkerung verfolgen einen guten Zweck. Man kann sie nur freudig begrüßen. Vor allem müssen die Eisenbahnen dort mehr ausgebaut werden. Durchaus irrig ist die Ansicht des Abg. Richter, daß der Großgrundbesitz im Osten parzellirt werden müsse. Der Großgrundbesitz im Osten ist heute noch eine kulturelle und soziale Nothwendigkeit. Aber die Industrie muß mehr von den großen Städten aufs Land und in die kleinen Orte im Osten verlegt werden. Zur Hebung der Landwirthschaft muß außerdem alles, was der Regierung möglich ist, gethan werden. Vor allem muß bei den künftigen Handelsverträgen das Interesse der Getreideproduzenten gewahrt werden. Was den Ankauf von Schatzanweisungen vom Auslande anlangt, so halte ich es für ganz wünschenswerth, daß fremdes Kapital hier mit herangezogen wird. Was den neuen Bernsteinvertrag anlangt, so fürchte ich, daß damit dem Handelsministerium eine große Belastung auferlegt wird. Vor allem muß das Ministerium sich um die Hebung des Kleingewerbes bemühen. Der Erlaß für den Waffengebrauch ist als Regel ganz annehmbar. Aber eine solche Anordnung soll meiner Ansicht nach hauptsächlich nur prophylaktisch wirken. In gewissen Ausnahmefällen wird man jedenfalls eine mildere Praxis walten lassen. Daß in der Frage des Friedhofs der Märzgefallenen Aeußerungen von Lucanus veröffentlicht worden sind, war eine grobe Taktlosigkeit. In den Punkten, die Abg. Richter hierzu vorgebracht hat, war einer immer thörichter als der andere. Trotzdem bedauere ich, daß in dieser und in der Frage der Bestätigung des Berliner Oberbürgermeisters noch keine Entscheidung erfolgt ist. Das macht einen schwankenden und keineswegs festen Eindruck. Der Minister des Innern ist im Irrthum, wenn er meint, die Bestätigungsfrage und die Begnadigungen vor allem Druck. Der Minister des Innern ist im Irrthum, wenn er meint, die Bestätigungsfrage und die Begnadigungen vor aller Kritik des Hauses nicht unterworfen. Das sind Regierungsakte, für die die Minister verantwortlich sind. Im Fall Delbrück hätte man den Satz wallen lassen sollen: minima non curat praetor. Das wäre klüger und besser gewesen. Was die berliner Schulfrage anlangt, so ist die Ansicht Richter's, daß die berliner Schulen Simultanschulen seien, eine irrige. Es sind konfessionelle Schulen. Herr Richter hat übrigens die Nichtbestätigung Singer's als Mitglied der Schuldeputation nicht erwähnt. Der Grund ist leicht ersichtlich. Vor den Landtagswahlen, als die Freisinnigen auf die Hilfe der Sozialdemokraten angewiesen waren, da traten sie für Herrn Singer ein. Jetzt, nach den Wahlen, brauchen sie seine Hilfe nicht mehr, und da heißt es denn: Singer hat seine Schuldigkeit gethan, Singer kann gehen! (Sehr wahr! rechts.) Die Frage der Schulunterhaltungspflicht kommt auch meiner Ansicht nach dringend einer Regelung. Hoffentlich wird in der nächsten Session ein entsprechendes Gesetz eingebracht werden. Damit verbunden werden kann eine Veränderung der Organisation der Schulverwaltung. An den Etatsüberschüssen haben die Eisenbahnüberschüsse, die noch vor drei Jahren zwei Drittel zu den Mehreinnahmen beigetragen haben, immer weniger Antheil gehabt. Das kommt von den großen Ausgaben der Eisenbahnen. Aber trotzdem sind die ganzen Eisenbahnüberschüsse gestiegen und werden auch im nächsten Jahre wieder mehr betragen. Immerhin sind die Eisenbahnen der schwächste Punkt unserer Finanzverwaltung. Alles andere beruht auf festen Grundlagen, nur nicht die Eisenbahneinnahmen. Den Wünschen auf zu weitgehende Tarifherabsetzungen muß man den Grundsatz entgegenstellen: Alles im Staat, auch der Verkehr, muß zu den allgemeinen Staatslasten in gebührender Weise herangezogen werden. Falsch ist übrigens die Behauptung Richter's, daß die Privatbahnen mit Tarifherabsetzungen coulanter seien, als die Staatsbahnen. Erst als z. B. in Oberschlesien die Bahnen staatlich wurden, sind die Tarifermäßigungen eingetreten. Die staatliche Eisenbahnverwaltung kommt den einzelnen Erwerbszweigen mit weitgehenden Tarifermäßigungen zum Schutze der nationalen Arbeit in hohem Maße entgegen. Wir werden mit allem Eifer darauf hinwirken, daß die Eisenbahnen zur Förderung unseres nationalen Erwerbslebens dienen. (Beifall rechts.)

Abg. **Motty** (Pole): An dem Etat des Finanzministers habe ich in erster Linie die Erhöhung des Dispositionsfonds zur Förderung des Deutschthums zu bemängeln. Wir wissen nicht, welche Aufwendungen daraus gemacht werden, und jedenfalls sind die Herren Oberpräsidenten zu bedauern, daß man ihnen zur Verpflichtung auferlegt, zum Nachtheil eines Theils der Bevölkerung den Fonds zu verwenden. Auch die neu geplante Bibliothek im Osten wird nicht der Allgemeinheit dienen, sondern nur der Bekämpfung der Polen. „Wir kämpfen nicht um Krieg, sondern um Frieden," sagte der Minister v. Miquel. Aber ich meine, wenn man Frieden will, so kämpft man überhaupt nicht, und wenn man kämpft, so will man siegen. Der Frieden, den Sie wollen, ist der Frieden des Friedhofes. (Sehr richtig! bei den Polen.) Um diesen Frieden kämpfen Sie. Die Staatsregierung gesteht also offen zu, daß sie mitten im Frieden einen kleinen Theil ihrer Mitbürger bekämpft. So offen ist das nie von der Regierung zugegeben; ich nehme das Zugeständniß gern an, da es zur Klärung der Sache beiträgt. Bedenken Sie doch, daß dadurch die Gegensätze nur noch verschärft werden. So weit ist es gekommen, daß man die Polen auf ihrer eigenen Scholle mitten in Preußen als Fremdlinge bezeichnet, und dagegen erhebe ich namens aller meiner Landsleute Protest. (Lebhafter Beifall bei den Polen.) Als wir im vorigen Jahre darauf hinwiesen, daß die polnischen Soldaten 1866 und 1870 ihrem Monarchen die Treue gehalten haben, da erwiderte ein Redner: Das war ihre verfluchte Pflicht und Schuldigkeit! Ebenso gut kann ich sagen, es ist Pflicht des Staates, seine Unterthanen gleich und gerecht zu behandeln. Was für nutzlose Vorschläge zur Bekämpfung des Deutschthums gemacht werden, dafür nur ein Beispiel: Ein Schriftsteller, der allerdings das Ansiedelungsgesetz scharf verurtheilt, schlägt vor, allen Polen, welche bis zu einem bestimmten Lebensalter die deutsche Sprache nicht vollkommen beherrschen, die bürgerlichen Ehrenrechte zu entziehen. Diejenigen, welche die Verhältnisse im Osten nicht kennen, geben für ihre Maßregeln den Pharisäervorwand des unterdrückten Deutschthums an. Aber die Deutschen in Polen gestehen selbst ein, daß sie sich allein stark genug fühlen, ihre Rechte zu wahren. So Gott will, werden wir Polen nicht unterliegen. Wir Polen sind die eingeborenen Kinder des Landes, und es ist unser göttliches Recht, das zu bleiben, wozu uns Gott geschaffen hat. Ich halte es für meine Pflicht, der jüngeren Generation den Rechtstitel, auf Grund dessen Preußen den Besitz der polnischen Landestheile errungen hat, immer und immer wieder in Erinnerung zu bringen. In vielen Rechtsurkunden wird der polnischen Nation Schutz und Hilfe in allen nationalen Angelegenheiten zugesichert. Wer an diesen Rechtsurkunden rüttelt, der rüttelt an dem monarchischen Prinzip selbst; und wenn man erst diese Säulen der Monarchie zerstrengt hat, dann kommen die republikanischen Strömungen, die Sie dann nicht mehr aufhalten können. Man will die polnische Sprache unterdrücken; aber bedenken Sie: Wenn man einer Nation die Muttersprache raubt, so heißt das, die Gebote Gottes verpönen und mit Füßen treten. Vergessen Sie niemals den Satz: Justitia fundamentum regnorum! (Lebhafter Beifall bei den Polen.)

Abg. **v. Staudy** (kons.): Ob der Vorredner gemäßigt gesprochen hat, das stelle ich seinem Urtheil anheim, wenn er seine Rede liest, sowie der Kritik des Hauses. Es liegt kein Grund vor, den H-K-T-Verein anzugreifen. Hat doch selbst die „Posener Zeitung" diesen Verein als nothwendig bezeichnet und anerkannt, daß er sich in einer Defensiv-Stellung befindet! Noch bevor der Verein sich konstituirt hatte, hieß es schon, das ist ein Verein, der die Polen bekämpfen will. Dabei haben aber die Polen ganz vergessen, daß sie selbst unzählige Vereine haben, die das Polenthum fördern, ganz abgesehen von ihrer Presse, die dasselbe Ziel verfolgt. Und trotzdem machen Sie dann Männern, die das Deutschthum fördern wollen, heftige Vorwürfe! Ich wünsche keinen Kampf mit den Polen, sondern ich wünsche mit ihnen in Frieden zu leben. Wollen Sie bestreiten, daß seit 30 Jahren die Polen die Deutschen bekonstiren? Die Ziele unseres Vereins sind stets die reinsten gewesen. Nun seien Sie aber auch gerecht gegen uns und bekämpfen Sie uns nicht! Der Vorredner hat auf die Rechtsurkunden hingewiesen, ich folge ihm ungern auf dieses Gebiet. Da es aber einmal nöthig ist, so möchte ich Sie warnen vor einem anderen Satz, der in der Gesetzessammlung steht und worin es heißt, daß alle Nationen den Polen die Rechte zugestehen sollen, die sie für gut befinden. Wollen Sie diesen Satz auch zu Ihren Gunsten auslegen? Es muß verhindert werden, daß deutsche Landestheile von Preußen losgerissen werden. Ein erfreulicher Wandel ist ja schon eingetreten, das Deutschthum ist bereits bei den Bewohnern der Provinz Posen geweckt worden, und Sie haben alle Veranlassung, den Männern, welche das Deutschthum fördern, freundlich gegenüberzutreten, nicht aber sie in unangemessener Weise anzugreifen. (Beifall rechts.)

Minister Dr. **v. Miquel**: Herr Motty hat sich nur in allgemeinen theilweise sehr schönen Redensarten bewegt, ohne auch nur den Schatten eines Beweises für seine Behauptungen beizubringen. Es fällt weder der deutschen Regierung noch einem deutschen Vereine ein, die polnische Sprache auszurotten. Man vergleiche den Zustand der früher polnischen Landestheile, zur Zeit als sie an Preußen kamen, mit dem jetzigen Zustand. Dann bekommt man einen Begriff von deutscher Kultur. Leider wissen das die meisten Polen nicht. Es wäre daher ganz gut, auch in polnischer Sprache in einem Buche einmal diese Zustände zu vergleichen, damit die Polen einen Begriff davon bekommen. Preußen muß seinen letzten Blutstropfen daran setzen, diese Gebietstheile für ewige Zeiten zu behalten. (Beifall.) Wenn die Polen sich anders benähmen, hätten wir gar keinen Grund, sie anders zu behandeln, wie z. B. die französisch sprechenden Einwohner an der belgischen Grenze. Wenn die Polen einmal ihre schroff nationale Haltung aufgäben und eine versöhnlichere Haltung einnehmen, dann werden sie sich viel besser befinden. Die Kenntniß zweier Sprachen hat ja große wirthschaftliche Vortheile. Wir fahren in unserer milden und festen Politik gegen die Polen fort.

Abg. **v. Eynern** (nl.): Auch ich muß konstatiren, daß das Bestätigungsrecht und Begnadigungsrecht der parlamentarischen Kritik sehr wohl unterliegen, da beides Regierungsakte sind. Der Etat bietet ein günstiges Bild. Wir schwimmen im Gelde und werden darin weiter schwimmen. (Heiterkeit.) In früheren Zeiten haben wir bei einer so günstigen Finanzlage Steuerabschläge gewährt. Das ist jetzt abgeschnitten, nachdem wir das jährliche Steuerbewilligungsrecht in der Hurrahstimmung mit den neuen Steuergesetzen haben fahren lassen. Meiner Ansicht nach müßten die Ausgaben für die Eisenbahnen aus den laufenden Mitteln gedeckt werden. Die Steuergesetze enthalten viele Ungerechtigkeiten, z. B. die Doppelbesteuerung der Aktiengesellschaften. Mit Recht ist hervorgehoben worden, daß früher gesagt worden ist, die Eisenbahnen sollen in erster Linie den Verkehrsinteressen dienen. Meiner Meinung nach muß das Eisenbahnwesen mit der Verkehrsentwicklung gleichen Schritt halten. Das thut dasselbe jetzt nicht vollkommen. Dann müssen auch noch mehr Strecken gebaut werden, die das Land erschließen, wenn sie sich auch nicht rentiren. Damit erfüllt der Staat eine Kulturaufgabe. Die Eisenbahnverwaltung müßte auch weitsichtiger sein in Bezug auf den Bahnhofsbau. Man läßt jetzt die Bahnhöfe rund herum mit Häusern zubauen, auch wenn man sieht, daß eine Erweiterung des Bahnhofs in absehbarer Zeit nothwendig wird, und muß dann später, wenn diese Erweiterung vorgenommen werden muß, das Terrain theuer kaufen. Eine halbe Milliarde würde zu diesem Zweck nothwendig sein, um im rheinisch-westfälischen Industriebezirk allen Anforderungen zu genügen. Wir können ja, wie auch schon hier hervorgehoben ist, unsere Anleihen nach im Inlande decken. Redner verbreitet sich dann noch weiter über die Frage der Anleihen, bleibt aber im Zusammenhang unverständlich, da er fortgesetzt nach der rechten Seite spricht. Den Forderungen des Centrums, die durch den Abg. v. Strombeck erhoben wurden, werde ich nach wie vor mit aller Schärfe entgegentreten. Mit dem mittelalterlichen Erziehungssystem, das das Centrum verlangt, kann man die jungen Leute nicht für die Forderungen des modernen Lebens erziehen. (Beifall.)

Minister Dr. **v. Miquel**: Wie jedes Jahr, so werden wir auch dieses Jahr wieder mit einer Sekundärbahnanlage kommen. Herr von Eynern scheint in seiner Partei allein zu stehen, denn seine Fraktionskollegen haben sich immer darüber beklagt, daß man laufende Ausgaben mit Anleihen deckt; sie haben dies als unsolide Wirthschaft bezeichnet. Wir haben in 2 Jahren 100 Millionen aus dem Ueberschuß der Einnahmen für Eisenbahnerweiterungen verwendet. Im Jahre 1898/99 hat die Eisenbahnverwaltung weit mehr Mittel disponibel gehabt, als in früheren Jahren, es waren im ganzen 172 Millionen. Wie man da noch von Benachtheiligung reden kann, ist mir völlig unverständlich. Ich erinnere ferner, daß in den letzten Jahren bedeutende Tarifherabsetzungen eingetreten sind, es ist fast kein Jahr vergangen, wo wir die Tarife nicht sehr wesentlich herabgesetzt haben. Hätten wir so große Summen in den Etat eingestellt, wie es der Abg. v. Eynern wünscht, so hätten wir alle Jahre mit einem Defizit abgeschlossen. Der übermäßige Einfluß des Finanzministers auf den Eisenbahnminister und der Druck, den er auf diesen ausübt, ist eine fable convenue im ganzen Lande. Aber können Sie den Eisenbahnminister kontrolliren? Ich kann ihn nicht kontrolliren. (Große Heiterkeit.) Der Finanzminister ist doch nicht dazu da, daß alle nicht erfüllten Wünsche auf seinem Rücken abgeladen. (Heiterkeit.)

Abg. **v. Heydebrandt** (kons.): Ich versage es mir, auf die Vorgänge bei der Landtagswahl in Breslau und in Ostpreußen einzugehen, denn das wäre vielleicht den Nationalliberalen nicht angenehm. Sehr gefreut haben mich die Ausführungen des Abg. v. Eynern über die Stellung seiner Partei zur Landwirthschaft, denn sonst haben wir dies warme Interesse entbehrt; so war namentlich in den Artikeln der „Nationalzeitung" nichts davon zu merken. (Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Wenn aber jetzt Herr v. Eynern mit dem Abg. Dr. Hahn Arm in Arm geht, so erfüllt mich das mit neuen Hoffnungen. (Heiterkeit.) Bezüglich des Begnadigungs- und Bestätigungsrechtes stimme ich mit dem Abg. Frhrn. von Zedlitz darin überein, daß, wenn diese Fragen hier erörtert werden, eine besondere Zurückhaltung nöthig ist. Die Freisinnigen machen sich die Sache leicht, indem sie sagen: Der Minister ist verantwortlich; deshalb muß er Rede und Antwort über jeden einzelnen Punkt stehen. Nein, so liegt die Sache nicht. Bei dem Begnadigungsrecht ist es überhaupt zweifelhaft, daß es sich hier um einen Regierungsakt handelt, denn die Gnade ist etwas ganz Persönliches. Mit dem Bestätigungsrecht steht es in gewisser Beziehung ebenso. Die Bestätigung hat so delikate, so ausschließlich persönliche Erwägungen auf beiden Seiten zur Voraussetzung, daß nach meiner Meinung auch dieses Recht nicht die parlamentarische Erörterung verträgt, die andere Handlungen der Regierung vertragen. Wenn der Minister für derartige Dinge verantwortlich ist, so ist er es höchstens vor sich selbst. Er selbst wird zu prüfen haben, ob er solche Akte nun unterzeichnen will oder nicht, und wenn er es nicht will, so hat er die Konsequenzen daraus zu ziehen. Aber eine andere Frage ist es, ob der Minister dem Landtage gegenüber verantwortlich sein kann, über die Verhältnisse des einzelnen Falles Rede und Antwort zu stehen, und da muß ich namens meiner Freunde sagen: Dazu ist er nicht verpflichtet. (Beifall rechts, Widerspruch links.) Wenn Sie solche Fragen immer und immer wieder hier erörtern, so setzen Sie schließlich Ihr Urtheil an die Stelle dessen, der darüber zu entscheiden hat, und damit stellen Sie das Recht der Krone selbst in Frage. (Sehr richtig! rechts.) Deshalb ist die freikonservative Parteianach dieser Ansicht, es war das aus den Worten ihres Redners nicht gut zu entnehmen, und deshalb wünsche ich, daß er seine Worte in diesem Sinne richtig stellt. Noch ein Wort über den Fall Delbrück. Vergessen Sie nicht, daß das Wort eines Professors im Lande mehr beachtet wird als das eines anderen Sterblichen, und wenn es sich hier um einen maßlosen Angriff auf die Regierung handelt, so können wir das Ministerium nur in seinem Vorgehen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18990125012/fragment/page=0002

unterstützen. (Sehr richtig! rechts.) Was der Abg. Graf Limburg neulich über das Schuldotationsgesetz gesagt hat, ist offenbar von den Freikonservativen und Nationalliberalen mißverstanden worden, denn der Graf Limburg hat uns vollkommen freie Hand gelassen. Eines aber können Sie sicher sein, kein Gesetz wird auf diesem Gebiete von uns verabschiedet werden, das die natürlichen Rechte der Konfessionen, der Gemeinden und der Kirche irgendwie in Frage stellt. (Beifall).

Abg. **Schmieding** (natl.; auf der Tribüne, der er den Rücken zukehrt, schwer verständlich.): Der Abg. v. Eynern hat die Stellung unserer Partei zur Landwirthschaft bereits früher genau ebenso klar dargelegt, wie heute. Was die Eisenbahnverwaltung betrifft, so sind wir allerdings der Meinung, daß der Finanzminister hierauf einen zu großen Einfluß ausübt. Wogegen wir uns hauptsächlich verwahren, ist die übermäßige finanzielle Ausnutzung der Eisenbahnen. Wenn auch nicht die Staatsschuld, so ist doch die Eisenbahnschuld ganz wesentlich verringert worden. Ehe wir zu einer ausgedehnten Schuldentilgung übergehen, müssen wir dafür sorgen, daß unsere kulturellen Einrichtungen auf der Höhe erhalten werden. Unser Eisenbahnnetz müssen wir wesentlich aus der Rücksicht ausbauen, daß wir dem in Preußen stetig steigenden Verkehr genügen können.

Abg. **Richter** (frs. Vp.): Es hat mir zur Genugthuung gereicht, daß die einzelnen Minister auf meine Ausführungen geantwortet haben, denn das beweist mir, daß man den Resonanzboden der Bevölkerung, den ich zum Ausdruck gebracht habe, doch ernster anschlägt, als es nach der kavalieren Art des Ministers des Innern den Anschein hat. Ich wende mich zunächst zum Minister Bosse, der am höflichsten gewesen ist (Heiterkeit), und zwar möchte ich da nur die zwei Berliner Fragen erörtern. Ich habe keineswegs verlangt, daß die Privatschulen jüdische Schülerinnen aufnehmen müssen. Das brauchen sie nicht, wohl aber muß dann das Bedürfniß nach neuen Schulen befriedigt werden. Damit, daß der Minister sagt, er sei bereit, paritätische Schulen neu zu konzessioniren, ist die Sache noch nicht erledigt. Das Schulkollegium hat ja an die Konzession einer neuen Schule die Bedingung geknüpft, es solle der Beweis erbracht werden, daß alle Schulen bis auf den letzten Platz besetzt sind. Der Minister beruft sich auf Verfassungsartikel. Das kann er aber nicht; denn sämmtliche Artikel sind ja bis zum Erlaß eines allgemeinen Schulgesetzes suspendirt. Auch meine Beschwerden über die Behandlung jüdischer Lehrerinnen hat der Minister nicht entkräftet. Es handelt sich hier um eine grundsätzliche Maßregel, die geeignet ist, jüdische Lehrerinnen in ihrer Arbeit herabzusetzen. Es ist gesagt worden: Die Lehrerinnen sollen nur in solchen Klassen unterrichten, wo mindestens zehn jüdische Schüler sitzen. Ja, wenn man den jüdischen Einfluß fürchtet, so wird er doch nur dadurch bestärkt, daß außer der Lehrerin noch zehn jüdische Schüler in der Klasse sind. (Sehr gut! links.) Der Abg. Freiherr v. Zedlitz hat uns vorgehalten, daß wir die Nichtbestätigung des sozialdemokratischen Stadtverordneten Singer zum Mitglied der Schuldeputation hier noch nicht vorgebracht haben. Aber wir bringen doch nicht alle Beschwerden gleich bei der ersten Lesung des Etats vor. Mit Wahlinteressen hat die ganze Sache natürlich nichts zu thun. Denn die Wahl des Herrn Singer hat stattgefunden bald nach den Reichstags-Hauptwahlen, als wir gerade in Berlin den Sozialdemokraten auf das schärfste gegenüberstanden, und wenn wir überhaupt Wahlinteressen wahrnehmen wollten, uns mit den Konservativen hätten verbinden müssen. (Sehr gut! links.) Nun zu dem Salat, den der Minister des Innern eingerührt hat. (Heiterkeit. Zuruf: Mit Eiern! Salat ist nicht parlamentarisch!) Das kommt ganz auf den jeweiligen Präsidenten an! (Stürmische Heiterkeit.) Er wirft mir vor, daß ich über das Kommunalwahlrecht gesprochen habe, ohne den Entwurf zu kennen. Der Entwurf aber war ja veröffentlicht, und da trifft es sich gut, daß der gestern hier zusammengetretene Städtetag genau dasselbe Urtheil gefällt hat, wie ich. Eigenartig ist es allerdings, daß der Minister, der sonst jeden agrarischen Kongreß ansingen läßt (Heiterkeit), den preußischen Städtetag nicht beschickt hat, nicht einmal durch einen Assessor. (Heiterkeit.) Die Frage der Landtagswahlreform scheint der Minister ja auf die lange Bank schieben zu wollen. Nun der Schießerlaß! Der Minister nennt die Hände, die diesen Erlaß veröffentlicht haben, unsauber. Wie kann man aber etwas als unsauber bezeichnen, wenn die Veröffentlichung von seiner Seite bezweckt war? (Sehr richtig! links.) Er meint, es sei vollständig freigegeben, ob und mit welchen Waffen vorgegangen werden soll. Gewiß, darüber sind keine Vorschriften gegeben; aber es ist doch darin gesagt, daß, wenn zu den Waffen geschritten wird, scharf geschossen und scharf gehauen werden soll. Wenn der Minister meint, das sei nichts neues, es sei immer üblich gewesen, wirksamer einzugreifen, so ist das nur ein Wortspiel. Denn was wirksam ist, die Schreckschüsse oder die scharfen Schüsse, war bisher dem selbständigen Urtheil der Polizei überlassen. Der Minister nennt das zweckmäßigste Mittel zugleich das humanste. Dem gegenüber erinnere ich nur an die Vorgänge in Erfurt. Vor Gericht hat der Pastor Köhler angegeben, er sei über das Auftreten der Polizei empört gewesen. (Hört! hört! links.) Das Verhalten der Polizei habe das Gegentheil von dem bewirkt, was damit erzielt werden sollte. Und die harmlosen Passanten, die in großer Entfernung von einem Schuß getroffen werden, werden das nicht als human ansehen. (Zustimmung.) Der Minister meinte, ich stütze mich auf unbeglaubigte Zeitungsnachrichten, aber ich habe das in meiner Rede nicht gethan, und selbst auf die „Freisinnige Zeitung" habe ich mich nicht verlassen, sondern den Minister ja ausdrücklich gefragt, wie es denn mit der Verschwörung in Alexandrien stände. An einer einzigen Stelle meiner Rede findet sich eine Berufung auf eine offiziöse Notiz, das will ich zugeben. Die offiziöse Presse ist so unzuverlässig, daß man in vieler Hinsicht das Gegentheil annehmen kann. (Heiterkeit.) Bezüglich der Friedhofsfrage meinte der Minister, es fehle noch die Entscheidung über das Portal. Was ist denn das Portal? Es soll ein schmiedeeisernes Thor angebracht werden; da kann es sich doch wohl nur um die bewußte Inschrift auf dem Thor handeln, denn die einfachen bautechnischen Fragen könnten im Handumdrehen gelöst werden. Nun meint Herr v. d. Recke, verschiedene Ministerien hätten darüber konferiren müssen. Es war mir bisher unbekannt, daß über ein schmiedeeisernes Thor verschiedene Ministerien konferiren müssen. (Heiterkeit.) Es muß also doch wohl hohe Politik im Spiele sein. (Sehr gut! links.) Bezüglich der Bestätigungsfrage wurde gesagt, die Gerüchte darüber seien Klatsch. Ich wünschte, es wäre nur Klatsch. Aber nein, die Unterredung hat thatsächlich stattgefunden, und da waren nicht nur die Herren Lukanus und Kirschner, sondern auch andere Personen zugegen, alle die, auf die es ankommt. Schon im Winter haben über die Friedhofsfrage merkwürdige Unterredungen stattgefunden zwischen dem Minister, dem Oberpräsidenten Achenbach und dem Oberbürgermeister Zelle. (Hört! hört! links.) Der Minister sagt: Man pflege Aktenstücke über die Bestätigung erst 6 Wochen vor Ablauf der Wahlperiode zu schicken; denn es könnte ja vielleicht der neue Oberbürgermeister sterben, und dann hätte das Ministerium doppelte Arbeit. (Heiterkeit.) Na, die Herren überarbeiten sich nicht. (Heiterkeit.) Wenn beim Militär eine Stelle unbesetzt ist, so dauert die Entscheidung über die Neubesetzung nicht so lange. (Sehr richtig! links.) Außerdem sind ja, selbst wenn das Ministerium sich erst 6 Wochen vor Ablauf der Wahlperiode damit befaßt, seitdem schon 4½ Monate verflossen. Es seien persönliche Unterredungen nöthig, meint der Minister. Aber ist denn Herr Kirschner das Mädchen aus der Fremde (Heiterkeit), ist er denn ein ganz unbekannter Mann?

In der Frage der Kritik der Bestätigung hat der Abgeordnete Frhr. von Zedlitz heute den Minister belehrt. Dieser Herr verfügt nicht nur über parlamentarische, sondern auch über ministerielle Auffassungen, und es war daher der härteste Tadel, der den Minister treffen konnte, daß ihm gerade seitens des Herrn v. Zedlitz die Belehrung zu theil wurde. (Heiterkeit). Die Ausführungen des Herrn v. Heydebrandt waren gekünstelt. Im Reichstage hat erst vor kurzem Graf Posadowsky erklärt, der Kanzler sei für alles verantwortlich, was im Reiche vorkomme. Genau so aber ist es in Preußen, und von diesem Standpunkt aus müßte der Minister des Innern, wenn seinem Antrage auf Bestätigung nicht stattgegeben würde, die konstitutionellen Konsequenzen ziehen. Denn sonst würde er sich ja zum bloßen vortragenden Rath machen. (Sehr gut! links.) Ebenso ist es mit der Frage der Begnadigungen. Wir sind hierbei ja sehr zurückhaltend gewesen und haben nicht einzelne Fälle zum Gegenstand unserer Besprechung gemacht, sondern ein System gegeißelt, wonach eine Kategorie von Leuten besonders häufig begnadigt wird.

Der Abg. Sattler hat taktisch nicht richtig gehandelt, daß er so viel über die Ausweisungen gesprochen hat; denn er hat nun sein bestes Pulver verpufft und sein nationales Bewußtsein so stark hervortreten lassen, daß ihm, wenn das Schlußtableau erfolgen soll, das Feuerwerk fehlt. (Heiterkeit.) Ich verstehe das Gefühl, von dem er beseelt ist, nachdem er seine Rede sich so lange hat verkneifen müssen (Heiterkeit), und nach der Tiefe seiner Ausführungen bedauere ich es auch, daß der Reichstag, ohne ihn gehört zu haben, in die Weihnachtsferien hat gehen müssen. (Erneute Heiterkeit.) Der Abg. Sattler hat auch meinen Freund Blell angegriffen. Dieser aber steht so hoch, daß ihn die Ausführungen des Herrn Sattler nicht im entferntesten berühren. Wir stehen durchaus auf seinem Standpunkte und rechnen es uns zum Verdienst an, daß wir dazu mitgewirkt haben, das heutige Vorgehen gegen die Dänen und infolge davon auch die materiellen Schädigungen zu vermindern. Alle diese Maßnahmen bewirken das Gegentheil von dem, was sie bewirken sollen, und wenn dann noch materielle Schädigungen hinzukommen, so fällt das um so schwerer ins Gewicht. Wohin soll es überhaupt kommen, wenn es so fortgeht, wie es jetzt angefangen hat, daß eine Seite des Hauses der anderen vorwirft, eine geringere nationale Gesinnung zu haben? Wenn es so fortgeht, so kommt es zuletzt zu Excessen, wie wir sie in Wien und Paris haben. (Lachen.) Vielleicht könnte der Präsident sich einmal über die parlamentarische Zulässigkeit des Vorwurfs mangelnden Nationalgefühls erklären. Denken Sie nur 40 Jahre zurück. Da war es bei den Regierungen nur sehr schwach bestellt um das Nationalgefühl. (Sehr gut! links.) Aber im Volke war das Nationalbewußtsein damals sehr lebendig. In gewissen Kreisen ist nun allerdings an Stelle eines Schwächebewußtseins ein gesteigertes Selbstbewußtsein getreten, das dem Chauvinismus so ähnlich ist, wie ein Ei dem anderen. In meinen Augen ist auch gerade diese hochgradige Nervosität gegen die Polen eine Reminiszens aus diesem Schwächebewußtsein. Aber gerade weil ich überzeugt bin von der Stärke und Macht des deutschen Reiches, meine ich, wenn irgend ein Staat, so ist Deutschland im stande, auch seinen Angehörigen fremder Nation, die seine Grenzen umschließen, gleiches Recht zu erweisen. (Lebhafter Beifall links; vereinzeltes Zischen rechts.)

Hierauf wird die Debatte geschlossen.

Nach persönlichen Bemerkungen der Abgg. **v. Zedlitz** (freik.), **Pleß** (Ctr.), Graf **Moltke** (freik.), **Motty** (Pole) und **v. Eynern** (nl.) wird der Etat der Budgetkommission überwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr (Interpellation der Freisinnigen, betreffend die Ausweisungen aus Nordschleswig.

Schluß 4¾ Uhr.

Ausland.

Der Abrüstungsvorschlag des Zaren.

Das vom russischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten an die Vertreter der Mächte in Petersburg gerichtete Rundschreiben lautet:

Petersburg, 30. Dez. 1898 (11. Jan. 1899).

Als im vergangenen August mein erhabener Herr mir auftrug, den Regierungen, welche in Petersburg Vertreter haben, den Vorschlag zu einer Konferenz zu unterbreiten, deren Zweck sein sollte, nach wirksameren Mitteln zu suchen, um allen Völkern die Segnungen eines wahren und dauerhaften Friedens zu sichern und vor allem der fortschreitenden Zunahme der gegenwärtigen Rüstungen ein Ziel zu setzen, da schien nichts der mehr oder weniger baldigen Verwirklichung dieses von Menschlichkeit eingegebenen Planes im Wege zu stehen. Die entgegenkommende Aufnahme, welcher der Schritt der kaiserlichen Regierung bei fast allen Mächten begegnete, konnte nur dieses Einvernehmen bekräftigen. Das kaiserliche Kabinet, welches die sympathischen Wendungen, in welchen die Mehrzahl der zustimmenden Schreiben der Regierungen gehalten ist, hoch zu schätzen weiß, konnte gleichzeitig mit lebhafter Genugthuung die Beweise der wärmsten Zustimmung entgegennehmen, welche ihm zugingen und noch immer aus allen Gesellschaftskreisen und von den verschiedensten Theilen der Weltkugel an dasselbe gelangen. Trotz dieser großen Strömung der öffentlichen Meinung für die Ideen eines allgemeinen Friedens hat der politische Horizont sichtlich einen andern Anblick bekommen. In letzter Stunde sind mehrere Mächte zu neuer Rüstung geschritten, indem sie sich bemühen, ihre militärischen Kräfte noch zu erhöhen, und im Hinblick auf diese Unsicherheit der Lage könnte man dahin gebracht werden, sich zu fragen, ob die Mächte den gegenwärtigen Moment für geeignet halten möchten, um an eine internationale Besprechung der im Rundschreiben vom 12. Aug. entwickelten Ideen heranzutreten. In der Hoffnung jedoch, daß die Elemente der Beunruhigung, welche auf die politischen Kreise einwirken, bald mehr ruhigen Zuständen Platz machen werden, welche den Erfolg der in Aussicht genommenen Konferenz zu begünstigen geeignet sind, ist die kaiserliche Regierung der Meinung, daß es schon jetzt möglich sei, an einen vorläufigen Ideenaustausch der Mächte heranzugehen zu dem Zweck, um ohne Verzug nach Mitteln zu suchen, den fühlbar fortschreitenden Zunahmen der Rüstungen zu Wasser und zu Lande ein Ziel zu setzen — eine Frage, deren Lösung offenbar mehr und mehr dringlich wird mit Rücksicht auf den Umfang, welchen diese Rüstungen neuerdings genommen haben, und um die Wege für eine Besprechung der Fragen zu bahnen, welche sich auf die Möglichkeit beziehen, Konflikten mit den Waffen in der Hand durch die friedlichen Mittel zuvorzukommen, über welche die internationale Diplomatie verfügen könnte. Falls die Mächte den gegenwärtigen Augenblick für günstig erachten sollten, um zu einer Konferenz auf diesen Grundlagen zusammenzutreten, würde es gewiß von Nutzen sein, wenn die Kabinette sich über ihr Arbeitsprogramm einigten. Die Fragen, welche einer internationalen Besprechung im Schoße der Konferenz zu unterziehen wären, könnte man in großen Zügen folgendermaßen zusammenfassen:

1. Uebereinkommen, für eine zu bestimmende Frist die gegenwärtigen Effektivstärken der Land- und Seekräfte, sowie die Budgets des Kriegs, und was damit im Zusammenhang steht, nicht zu erhöhen. Vorläufige Untersuchung über die Wege, in welchen sich für die Zukunft sogar eine Verminderung der Effektivstärken und der oben erwähnten Budgets erreichen ließe;

2. Verbot, daß in den Heeren und Flotten irgend welche neue Feuerwaffen und Explosivstoffe oder kräftigere Pulversorten, als die gegenwärtig für Gewehre wie für Kanonen benutzten, in Gebrauch genommen werden;

3. Einschränkung der Verwendung schon vorhandener Explosivstoffe von verheerender Wirkung für Landkriege und Verbot, Geschosse oder irgend welche Explosivstoffe von einem Luftballon aus oder durch Benutzung anderer, analoger Mittel zur Verwendung zu bringen;

4. Verbot, in Seekriegen Untersee- oder Taucher-Torpedoboote oder andere Zerstörungsmittel derselben Art zu benutzen, und Verpflichtung, in Zukunft keine Kriegsschiffe mit Sporen mehr zu bauen;

5. Anwendung der Bestimmungen der Genfer Konvention von 1864 auf Seekriege auf Grund der Zusatzartikel von 1868;

6. Neutralisirung der während der Seegefechte oder nach denselben mit der Rettung Schiffbrüchiger betrauten Rettungsschiffe oder Boote auf derselben Grundlage;

7. Revision der auf der Brüsseler Konferenz von 1874 ausgearbeiteten und bis heute nicht ratificirten Erklärung betr. die Kriegsbräuche;

8. Grundsätzliche Annahme der guten Dienste der Vermittelung und des fakultativen Schiedsgerichts-Verfahrens in dazu geeigneten Fällen zu dem Zwecke, bewaffnete Zusammenstöße zwischen den Völkern zu vermeiden; Verständigung in Betreff der Anwendungsweise dieser Mittel und Aufstellung eines einheitlichen Verfahrens für ihre Anwendung.

Selbstverständlich sollen alle Fragen, welche die politischen Beziehungen der Staaten und die durch die Verträge festgelegte Ordnung der Dinge betreffen, sowie im allgemeinen alle Fragen, die nicht direkt zu dem von den Kabinetten angenommenen Programm gehören, von den Berathungen der Konferenz durchaus ausgeschlossen bleiben. Indem ich an Sie, mein Herr, die Bitte richte, in Betreff dieser meiner Mittheilung die Befehle Ihrer Regierung einholen zu wollen, bitte Ich Sie gleichzeitig, zur Kenntniß Ihrer Regierung bringen zu wollen, daß im Interesse der großen Sache, die meinem erhabenen Herrn so besonders am Herzen liegt, Seine Kaiserliche Majestät glaubt, daß es nützlich sein würde, wenn die Konferenz nicht in der Hauptstadt einer der Großmächte tagt, wo so viele politische Interessen zusammenfließen, die vielleicht den Gang eines Werkes, an welchem alle Länder der Welt in gleichem Maße interessirt sind, beeinflussen könnten.

Ein Communiqué des „Regierungsboten" besagt:

Die Mittheilung der Regierung vom 12. August, betreffend die Einberufung einer Konferenz, um die Mittel zur Sicherung des allgemeinen Friedens ausfindig zu machen, ist mit der lebhaftesten Sympathie von den auswärtigen Regierungen aufgenommen worden, welche sich bereit zeigten, bei der Verwirklichung des Gedankens unseres erhabenen Herrn mitzuwirken. Auf Befehl des Kaisers richtete der Minister des Auswärtigen Graf Murawjew am 30. Dezember (10. Januar) an die Vertreter der Mächte in Petersburg eine neue Mittheilung, welche enthielt: 1. Das Gesuch, ihm mitzutheilen, ob die auswärtigen Regierungen den gegenwärtigen Augenblick zum Zusammentritt der vorgeschlagenen Konferenz für geeignet erachten. 2. Eine gedrängte Aufzählung der generellen und speziellen Fragen, welche in das Programm für die künftigen Arbeiten der Konferenz aufgenommen werden könnten. 3. die Mittheilung der Gründe, weshalb es nicht wünschenswerth sei, die Konferenz in der Hauptstadt eines der Großstaaten abzuhalten. — Aus dem heute veröffentlichten Rundschreiben vom 30. Dezember (11. Januar) ergiebt sich, daß es keineswegs in der Absicht der Regierung lag, ein endgiltiges Programm für die Arbeiten der Konferenz aufzustellen. Die Regierung ließ sich von der Erwägung leiten, daß es Sache der Mitglieder dieser Konferenz ist, alle Seiten des angegebenen Problems klarzustellen. Sie glaubte daher, nur vorläufig gewisse Fragen vorschlagen zu müssen, welche man zur Zeit der gemeinsamen Festsetzung eines detaillirten Konferenzprogramms in Erwägung zu ziehen hätte. Was die technischen Fragen anbetrifft, so müßten diese selbstverständlich unter der Beihilfe von Spezialisten ausgearbeitet werden, und wäre die Zulassung der weitgehendsten Untersuchung und Durchberathung wirksamer Mittel nothwendig, um der übermäßigen Zunahme der gegenwärtigen Rüstungen Einhalt zu thun. Indem man die Lösung dieser verwickelten Fragen erleichtert, wird man zur Herstellung eines Einvernehmens unter den Mächten und infolgedessen zur Verwirklichung der großherzigen Ziele des Kaisers beitragen.

Oesterreich-Ungarn.

Das „Ungarische Correspondenz-Bureau" bezeichnet das Gerücht von der Demission des ungarischen Ministerpräsidenten Banffy und von der Betrauung des Abg. Szell mit der Neubildung des Kabinets als vollkommen grundlos: Die Berufung Szell's zum Kaiser nach Wien erfolgte auf den Vorschlag des Ministerpräsidenten aus dem Grunde, weil Szell als Führer einer Gruppe innerhalb der Regierungspartei Bedenken hinsichtlich der Geltungsdauer des österreichisch-ungarischen Ausgleichs äußerte. Nach dem Vorschlage der Regierung sollte der neue Ausgleich bis Ende des Jahres 1903 giltig sein, jedoch mit dem Hinzufügen, daß, falls die Erneuerung desselben auf parlamentarischem Wege unmöglich sein sollte, die Giltigkeit sich auch bis nach dem Jahre 1903 erstreben solle. Szell fand die Erstreckung des Termins auf unbestimmte Zeit bedenklich und erhielt infolgedessen die Berufung, um diese Bedenken dem Kaiser vorzutragen, worauf die Bestimmung genehmigt wurde, daß der neue Ausgleich bis 1904 giltig sein sollte. Von dieser Abänderung wurde gestern seitens des Ministerpräsidenten Banffy und der Minister Lukacs und Fejervary die Opposition durch Vermittelung der Dissidentenführer verständigt. Die Verhandlungen zwischen der Regierung und der vereinigten Opposition würden für Donnerstag erwartet.

Asien.

Zu den Unruhen in China wird dem „Berl. Lok.-Anz." über London berichtet: Die Rebellen eroberten die Stadt Kujang in der Provinz Anhui. Alle Civil- und Militärbeamten wurden hingerichtet. Außerdem nahmen die Rebellen noch eine weitere Stadt in derselben Präfektur ein und marschiren jetzt auf die Städte Schutschau und Kautschau los. — Für die neu zu errichtende Stellung eines päpstlichen Delegaten in China ist, wie der „Köln. Volksztg." aus sicherer römischer Quelle telegraphirt wird, der französische Pater Battembourg, der Generalsekretär der Lazaristen in Paris, in Aussicht genommen.

Von den Philippinen liegt heute ein Telegramm aus Manila vor, wonach die Filipinos in Coloocan (?) und Gegalanzin (?), durch Salutschüsse, die zwischen deutschen und britischen Schiffe ausgetauscht wurden, irregeführt, am 18. Januar in Schlachtordnung und in einer Stärke von 3000 Mann ausrückten, aber die amerikanischen Linien nicht angriffen. Nach Berichten aus dem Innern des Landes wird die Autorität Aguinaldo's allgemein anerkannt. Alle brauchbaren Männer werden eingereiht. Die Truppen der Filipinos leben in Saus und Braus, während die Dorfbewohner, welche die für sie nothwendigen Lebensmittel aufzubringen haben, gezwungen sind, nur von Reis zu leben. Zwischen den Militär- und Civilbehörden sind einige Reibungen vorgekommen. Man schätzt die Zahl der unter Waffen stehenden Mannschaften der Filipinos auf 30,000. Sie sollen etwa 50 Marinegeschütze haben. Die militärischen Führer in Malolos sind überzeugt, daß die Amerikaner nicht imstande seien, außerhalb Manilas in wirksamer Weise zu operiren.

Provinzialnachrichten.

* **Braunschweig**, 24. Jan. [Verhaftung des Mädchenattentäters.] Die Kriminalpolizei verhaftete als Mädchenattentäter den Sattler Karl Römer aus Holzwickede. Nach der richterlichen Vernehmung wurde er in Untersuchungshaft genommen.

* **Weimar**, 23. Jan. [Im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen.] Im Wiederaufnahmeverfahren sprach heute die Strafkammer des hiesigen Landgerichts den Gastwirth und Fleischer Hermann Schlegelmilch aus Ober-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18990125012/fragment/page=0003

farnstedt bei Allstedt von der Anklage wegen gewerbsmäßiger Hehlerei mangels genügender Schuldbeweise frei. Sch. war im vorigen Jahre zu einem Jahr neun Monaten Zuchthaus verurtheilt worden und hat auch bereits neun Monate verbüßt. Er sollte von Wilderern erlegtes Jagdwild zum Verkauf erworben haben. Der Freigesprochene wurde sofort aus der Haft entlassen.

* **Gera**, 24. Jan. [Ausgewiesen.] Der aus Sachsen ausgewiesene frühere Redakteur der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung", Dr. Helfrund, ist auch aus dem Fürstenthum Reuß j. L. ausgewiesen worden.

* **Leipzig**, 24. Jan. [Ueberfahren.] Amtlich wird gemeldet: Heute morgen 7 Uhr 35 Min. wurde ein Fuhrwerk des Oekonomieraths Wollsack aus Groß-Zschocher am Wegübergange bei Göhrenz-Albersdorf mit der Nebenbahnlinie Plagwitz-Muldenau-Lützen vom Zuge überfahren, wobei der Anspänner Wilhelm Geißler aus Groß-Zschocher getödtet wurde.

Vermischtes.

Unglücksfälle und Verbrechen. Erschossen hat sich eine anscheinend den besseren Ständen angehörige Dame in den Parkanlagen dicht am Bahnhof zu Wannsee. — Durch Absturz zu Tode gekommen ist der Zimmermann Heinrich Kurz aus Berlin. Er war auf einem Neubau in der Pannierstraße in Rixdorf in der Höhe des 4. Stockwerkes mit dem Aufwinden von Balken beschäftigt. Plötzlich verlor er das Gleichgewicht und stürzte in die Tiefe. Er blieb mit zerschmetterten Gliedern tot liegen. — Das diebische Mimenpaar, die Schauspielerin Heidenreich aus Berlin und der Schauspieler Martens aus Charlottenburg, die vor einigen Wochen in Hamburg einem Landmann aus Dithmarschen 30,000 M. stahlen und dann mit dem Gelde flüchtig wurden, sind in Paris verhaftet worden. Im Besitze der Festgenommenen befanden sich noch 9000 Mark. Die Auslieferungsverhandlungen sind bereits eingeleitet worden. — Zwei gefährliche Verbrecher, ein Tischler und ein Dienstmädchen, wurden in Posen verhaftet. Die beiden hatten seit längerer Zeit in Berlin, Köln, Dortmund, Breslau und Posen zahlreiche schwere Diebstähle dadurch verübt, daß sich das Mädchen unter falschem Namen vermiethete und dann den Tischler in die Wohnung der Herrschaft einließ, der dort Möbel, in denen Werthsachen vermuthet wurden, erbrach. — Ueberfälle auf Frauen und Mädchen, wie in Köln und Münster, sind jetzt auch mehrfach in der Umgegend von Marienwerder von einem unbekannten Manne verübt worden. — Auf der Strecke Beuel-Oberkassel wurde abends der Hilfsbahnwärter Richarz aus Rheindorf vom Zuge überfahren und gräßlich verstümmelt. Der Mann war bald eine Leiche. — Zu dem Familiendrama in Sulzbach, worüber wir berichteten, meldet die „Köln. Volksztg.," daß es im letzten Augenblick gelungen sei, sowohl die Frau wie ihre drei Kinder aus dem Wasser zu retten. — In Dortmund verwundete gestern der Bergmann Schwartz seine von ihm getrennt lebende Frau schwer durch Schüsse in die Brust und schoß sich dann selbst in die Brust. Die Verletzungen beider sind tödtlich. — Auf Bahnhof Beeskow fuhr gestern früh 6 Uhr 25 Min. ein von Grunow kommender Arbeitszug infolge falscher Weichenstellung in das zum Lokomotivschuppen führende Gleis ein. Der Zug fuhr sodann, ohne zum Halten zu kommen, auf zwei im Lokomotivschuppen stehende Lokomotiven auf und durchbrach die Giebelwand des Schuppens. Alle drei Lokomotiven entgleisten und wurden beschädigt; ebenso wurden drei Kieswagen zertrümmert. Der Hilfsheizer Meißner aus Beeskow wurde getödtet. — In Budapest ist der Plafond des zweiten Stockwerks eines dreistöckigen Neubaues eingestürzt, wodurch auch der Plafond des ersten Stockwerks und das Kellergewölbe durchbrochen wurden. Verunglückt ist niemand. — Der Hansadampfer „Rüdesheimer" lief Oporto an und landete dort seinen im Sturm schwerverletzten ersten und dritten Offizier, den Bootsmann und einen Matrosen. Das Schiff selbst war unbeschädigt und konnte die Reise nach Bombay fortsetzen. — Verschwunden sind, wie dem „Berl. Tagebl." aus London gemeldet wird, am Montag aus Parrs Bank aus einer nur den Kassirern zugänglichen Schublade einundeinviertel Millionen Mark in Pfundnoten. Es fehlt bis jetzt jede Spur über den Verbleib des Geldes. Bei dem Personal, dessen Durchsuchung erfolgte, wurde nichts gefunden.

Personalnachrichten. Prof. Dr. Schmoller und Prof. Dr. Joseph Joachim sind zu stimmberechtigten Rittern des Ordens pour le mérite für Wissenschaften und Künste ernannt worden. — Der Staatssekretär des Reichspostamtes, Herr v. Podbielski ist, dem „B. T." zufolge, an einem leichten Gichtanfall erkrankt, und muß das Bett hüten. Er hofft jedoch, in einigen Tagen wieder vollständig hergestellt zu sein. — Die deutsche Tiefsee-Expedition hat eines ihrer Mitglieder, den Dr. med. Bachmann, durch den Tod verloren. Er starb an einem Schlaganfall am 14. Januar an Bord der „Valdivia." — Ferner verstarben in Berlin der Schriftsteller Wilhelm Röseler und der Generalleutnant z. D. v. Schulz, in Solothurn Dr. Franz Lang, langjähriger Lehrer der Naturgeschichte und Rektor der Kantonsschule, gewesener Präsident der schweiz. naturforschenden Gesellschaft, ein Geologe von weitverbreitetem Rufe.

Letzte Telegramme.

Rom, 24. Jan. Eine Vollversammlung der Bischöfe des lateinischen Amerika ist für den 28. Mai nach Rom einberufen worden.

Madrid, 24. Jan. [Meldung der Agenzia Fabra.] General Rios telegraphirte aus Manila an den Kriegsminister General Correa, daß heute die Freilassung der Civilpersonen sowie der kranken und verstümmelten Soldaten zugestanden wurde. General Rios hofft, in nächster Zeit die völlige Freilassung sämmtlicher gefangenen Soldaten melden zu können.

London, 24. Jan. Die „Morning Post" meldet aus New York: Major Sonnenburg, welcher von Manila hier eintraf, theilte mit, daß die Nachrichten über Reibungen und unangenehme Auftritte zwischen dem amerikanischen Admiral Dewey und dem deutschen Viceadmiral v. Diederichs unrichtig seien. Er glaubt, daß diese Gerüchte auf dabei interessirte Persönlichkeiten in Hongkong zurückzuführen seien, welches er als ein Lügennest schildert.

Hongkong, 24. Jan. Der Umstand, daß die amerikanischen Behörden hier eine Anzahl von kleinen Dampfschiffen für den Verkehr auf den Flüssen angekauft haben, erweckt bei den Filipinos neuen Verdacht. Diese glauben, daß die von Mc Kinley eingesetzte Untersuchungs-Kommission lediglich ein Vorwand sei, um Zeit zu gewinnen.

Konstantinopel, 24. Jan. Nach einer amtlichen Mittheilung aus Yemen meldet ein Telegramm Abdullah Paschas, daß die türkischen Truppen die auf einem Berge gelegene Ortschaft Miftahulyemen (?) genommen haben und daß der berühmte Scheikh Ahmed Mehmed Akibi vom Stamme Halfe und Elberi gefangen genommen wurde.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Central-Stelle der Preuss. Landwirthschaftskammern.

24. Jan. (Notirungsstelle.)

a. Für inländ. Getreide ist in Mark für die Tonne gezahlt worden:

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
Magdeburg	155—164	147—153	160—180	140—154
Altmark	154—168	142—156	150—165	135—150
Merseburg östlich	160—174	140—160	150—165	140—155
do westl. der Mulde	153—165	145—160	160—184	135—150
Erfurt	150—165	165	150—180	132—145
Danzig	154—166	137—143	130—141	120—129
Königsberg i. Pr.	160½	137½	120—123	110—124
Breslau	148—165	135—145	136—156	123—130

b. Weltmarkt

auf Grund heutiger eigener Depeschen, in Mark die Tonne einschl. Fracht Zoll und Spesen, aber ausschl. der Qualitäts-Unterschiede.

			am 24./1.	am 23./1.
Von New York nach Berlin	Weizen	80¼ Cts.	183.25 M.	181.75 M.
» Chicago » »	Weizen	72 Cts.	176.50 »	174.60 »
» Liverpool » »	Weizen 5 sh.	9¾ d.	176.75 »	176.00 »
» Odessa » »	Weizen	86 Kop.	170.25 »	169.75 »
» Odessa » »	Roggen	79 Kop.	158.00 »	157.50 »
» Riga » »	Weizen	103 Kop.	183.50 »	[illegible] »
» Riga » »	Roggen	84 Kop.	158.50 »	158.50 »
In Paris	Weizen	21,65 Fr.	175.50 »	176.40 »

Getreide.

New York, 24 Jan. [Telegr.] Rother Winterweizen 82½, Weizen Januar —, März 80⅛, Mai 77¼, Juli 75⅝, Mais Januar —, März —, Mai 42⅜. Mehl 2,85. Getreidefracht 2½.

Chicago, 24. Jan. [Telegr.] Weizen Januar 70, Mai 73¼, Mais Januar 35¼.

* Leipzig, 24. Jan. Weizen per 1000 kg netto, inländischer 158—162 M. bz. u. Br, ausländischer 175—183 M. bez. u. Br. Ruhig. Roggen per 1000 kg. netto hiesiger 150—154 M. bez. u. Br., Posener 154—157 M. bez. u. Br., ausländischer —,— M. Br. Ruhig. Gerste per 1000 kg netto, Braugerste 160—173 M. bez. u. Br., Mahl- und Futterwaare 127—135 M. bez. u. Br. Hafer per 1000 kg netto, inländischer 146—150 M. bez. u. Br., ausländischer 146—149 M. Br. behauptet.

Oelsaaten. Oele. Fettwaaren.

New York, 24. Jan. [Telegr.] Schmalz Western steam 5,95, Rohe do. und Brothers 6,10.

* Leipzig, 24. Jan. Raps per 1000 kg —,— nominell, Rapskuchen per 100 kg, netto —,— M. Br. Rüböl, rohes, per 100 kg netto ohne Fass flüssiges 46,00 M. bz., gefrorenes —,—. Matt.

Wasserstände (+ bedeutet über, — unter Null.)

Saale und Unstrut.

					Fall	Wuchs
Artern, Brückenpegel	23. Jan.	+ 1,04	24. Jan.	+ 0,92	12	—
Weissenfels, Oberpegel	»	+ 2,80	»	+ 2,74	6	—
do. Unterpegel	»	+ 1,76	»	+ 1,54	26	—
Trotha	24. »	3,06	25. »	—	—	—
Alsleben, Oberpegel	23. »	+ 2,82	24. »	+ 2,74	8	—
do. Unterpegel	»	+ 3,20	»	+ 2,99	21	—
Bernburg	»	+ 2,75	»	+ 2,55	20	—
Kalbe, Oberpegel	»	+ 2,28	»	+ 2,10	18	—
do. Unterpegel	»	+ 2,82	»	+ 2,58	34	—

Moldau. Iser. Eger. Elbe.

	Jan.		Fall	Wuchs		Jan.		Fall	Wuchs
Budweis	23	+0,38	2	—	Torgau	24.	+ 2,58	4	—
Prag	»	+0,76	22	—	Wittenberg	»	+ 3,16	2	—
Jungbunzlau	»	+0,28	14	—	Rosslau	»	+ 2,78	5	—
Laun	»	+1,19	23	—	Barby	»	+ 3,30	8	—
Pardubitz	»	+1,20	—	14	Magdeburg	»	+ 2,80	8	—
Brandeis	»	+1,28	24	—	Tangermünde	»	+ 3,58	—	8
Melnick	»	+0,95	25	—	Wittenberge	»	+ 3,04	—	14
Leitmeritz	»	+0,95	9	—	Dömitz Peg.	23.	+ 2,25	—	26
Aussig	24	+1,34	21	—	Lauenburg	24.	+ 2,27	—	21
Dresden	»	+0,12	18	—					

Schiffsverkehr und Frachten.

Aussig, 24. Jan. Von den oberen Plätzen werden 87 cm Fall gemeldet. — Heutige Fahrtiefe 72¾ Zoll österr. Maas. — Fracht nach Magdeburg das Doppelhektoliter mit 23 Pfg. abgemacht.

Berliner Börse

vom 24. Jan.

(Ergänzung zu den Notirungen im gestr. Abendblatt.)

Bank-Disconto.

Berlin Wechsel 5, Lomb. 6. Amsterdam 3. Brüssel 3. Petersburg 6½. Wien 5. London 3½. Paris 2.

Deutsche Fonds-u. Staatspap.

Barmer Stadtanleihe	3½	97,75G
Berliner Stadt-Obl.	3½	100,00G
do. do. 1892	3½	100,00G
Magdeburger St.-Anl.	3½	— —
do. do. neue	4	— —
Westpr. Prov.-Anl.	3½	99,10G
Bad. Staats-Eis.-Anl.	4	— —
Bayrische Anleihe	4	175,20bz
Braunschw. 20 Thlr.-L.	—	127,50bz
Köln-Mind. Pr.-Anth.	3½	136,90bz
Hamb. 50 Thlr.-Loose	3	131,30bz
Meininger 7 fl.-Loose	—	23,90bz
Oldenb. 40 Thlr.-Loose	3	132,30bz

Ausländische Fonds.

Argent. Gold-Anl.	5	86,10bz
do. innere do.	4½	73,00bz
Barletta 100 Lire-Loose		27,70bz
Bukar. Stadt-Anl. 1884	5	98,80bzG
do. do. 1888	5	98,80bzG
Chilen. Gold-Anl. 1889	4½	80,90bz
Egyptische priv. Anl.	3	— —
do. do. do.	3½	— —
Freiburg. 15 Fr.-Loose	—	25,90bz
Griech. Anl. 1881—84	—	43,20bzG
do. kons. Goldrente	—	35,10bzG
do. Monopol-Anl.	—	49,90bzG
do. Gd.-Anl. v. 1890	—	41,50bzG
Mailänd. 10 Lire-Loose	—	14,60B
Mexikaner Anl. à 100	6	100,20B
do à 20	6	101,70B
Norweg. Staats-Anl. 88	3	— —
Oesterr. 1860er Loose	5	149,90bzG
Rumän. 5% Anl. 81 fd.	5	— —
Russ. Gold-R. 1884, 87	4	— —
do. Orient-Anl. II.	4	— —
do. do. III.	4	— —
do. Nicolai-Oblig.	4	101,70G
do. Boden-Kredit	5	121,00bz
do. 3⁸/₁₀% do. gar.	3,8	99,20bzG
Russ. Präm.-Anl. 1864	5	298,00bzB
do. do. 1866	5	268,00bzG
Schwed. St.-Anl. 1886	3½	99,20G
do. do. 1890	3½	99,20G
do. Hyp.-Pfdbr. 1878	4	101,00bzG
Türkische Anleihe D.	1	23,35bz
do. Administ.	5	99,00bzG
do. 400 Frcs-Loose	—	115,00bzB
Ungarische Gold I.-A.	4½	101,60bzG
do. Kr.-R.	4	98,00B
do. Staats-R. 97	3½	88,40B

Industrie-Aktien.

A.-G. f. Anilinfabr.	12½	274,75bzG
Admiralsgarten-Bad	4	81,25bzG
Annaburger Steingut	14	176,50bzG
Archimedes	12	222,75bzG
Bauges. Berl. Chrl. i. Liq	—	675,00bzG
do. B.-Wilm. T.-G. i. Liq.	—	1059bz
Braunschweiger Jute	16	194,50bzG
Berl.-Anh. Maschinen	13½	227,75bzG
Berliner Bockbrauerei	10	192,50bzG
do. Brauerei Königst.	4	120,00bzG
do. Union Gratweil	7	123,00bzG
Brsl. Eisenb. W., Linke	14	278,50bzG
Breslauer Oelwerke	3½	91,00B
Cement-Bau-Ges. Berl.	0	164,50G
Charlottb. Wasserwerk	11	294,50bz
Chem. Fabr. Schering	7½	178,60bzG
Chemn. Masch. Zimm.	9	195,50bzG
Dessauer Gas	11	212,30bzG
Dtsch. Gasglühl.-Ges.	60	440,00bzG
Dtsche Jutespinnerei	10	153,00bz
Egestorff-Salzwerke	6½	131,00G
Elberfeld. Farbenfabr.	18	314,25G
Erdmannsdorf. Spinn.	2	74,75G
Freund Masch. konv.	16	393,50G
Hagener Gussstahl	6½	143,50bzG
Harburg-Wien Gummi	29	— —
Harkort St.-Pr. konv.	5	152,10bzG
do. Brückenb. konv.	7	129,50bzG
do. do. St.-Pr.	8	152,25G
Hirschberger Masch.	8	129,00bzG
Keyling & Th. Eiseng.	6	121,80G
Köln-Müsener Bgw.	1½	55,00bzG
do. conv.	3	102,00bzG
Kurfürstend. Ges. i. Liq.	—	865,00bzG
La Veloce, Ital. D.	0	80,10bz
Ludw. Löwe & Co.	24	443,00bzG
Mälzerei Wrede	7	106,10G
Magdeburger Baubank	1½	93,10G
Magdeb. Pferdebahn	9	199,50G
Maschin. Breuer	7½	147,50bzG
Neuroder Kunstanstalt	9	148,50bzG
Nordd. Eiswerke	3	106,50bzG
Omnibus-Gesellschaft	10	212,25bzG
Oppeln. Portl.-Cem.	11	190,60bzG
Passage	4	88,50bzG
Pferdebahn, Breslauer	12	307,00bzG
Saline Salzungen	2½	86,00bzG
Sangerhäuser Masch.	22½	311,00B
Schäfter u. Walcker	1	81,10bz
Schlesische Cement	14½	237,25bzG
Schwartzkopff	12½	237,00bzG
Siemens, Glas-Industr.	14	237,25bzG
Stettiner Cham. Didier	20	427,50bzG
Sudenburg. Maschin.	0	144,50bzG
Thüringer Salinen	1⅘	64,50bzG
Ver. Köln-Rottw. Pulv.	15	225,10bz
Vereinsbrauerei Artern	5	101,00G
Westf. Draht-Industrie	10	158,00bzG
do. Union konv.	16	— —
do. 6% St.-Pr.		— —
Wittener Guss	16	247,75bzG
Wilhelmshütte	1½	78,60bzG
Zuckerfabr Fraustadt	0	112,00bzG

Deutsche Eisenb.-Prior.-Oblig

Mainz-Ludw. 75, 76, 78	4	— —
do. v. 1890	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn	4	— —

Deutsche Eisenb.-St.-Prior.

Breslau-Warschau	4	97,60G
Dortmund-Gronau E.	4	— —
Marienb.-Mlawkaw	5	— —
Ostpreuss. Südbahn	5	116,50bzG

Eisenb.-Prior.-Obligationen.

Ital. Eis.-Obl. v. St. gar.	3	59,75G
do. Mittelmeerb. stfr.	4	98,00bzG
Lemberg-Czernowitz	4	99,10G
Oest.-Frz. Staatsb., gar.	3	95,25G
do. Ergänzungsn.	3	93,10G
do. Gold-Pr.	4	102,00G
Oesterr. Lokalbahn	4	100,40bz
do. Nordwestbahn	5	— —
Südöster. Bahn (Lomb.)	3	76,90G
do. Obligationen	5	107,10bz
Ung. Nordostb. Gold-O.	4½	— —
do. Eisenb.-Silb.-A.	4½	100,50G
Iwangorod-Dombr. gar.	4½	— —
Kosl.-Woronesch Obl.	4	— —
K.-Chark.-As., Obl., 89	4	100,40G
Kursk-Kiew	4	100,75B
Mosco-Kiew-Woron	4	100,90bzG
Mosco-Kursk	4	— —
Mosco-Rjäsan	4	101,10bzG
Mosco-Smolensk	5	100,60bzG
Orel-Griäsi 1889	4	100,50G
Rjäsan-Koslow	4	100,70bz
Rjäsan-Uralsk gar ukd. [b. 1909	4	100,75G
Rjaschk-Morczansk	5	— —
Rybinsk-Bologoye	4	100,80bzG
Russ. Südwestbahn	4	101,40bzG
Transkaukasische	3	— —
Warschau-Wiener 10er	4	— —
do. IX. Ser.	4	— —
Wladikawskas Oblig.	4	— —
do. unkdb. b. 1906	4	100,75bzG
Manitoba rz. 1933	4½	113,00bzG
Northern-Pac. I. b. 1921	6	— —
do. Pref.	4	— —
do. Gen. Lien.	3	69,30G
S. Louis u. S. Fr. rz. 1931	6	122,50G
do. do. do.	5	106,80G
Central-Pacific	5	106,30bzG
Anatol. I. 2040 M.	5	99,50bzB
„ II. 2040 M.	5	97,40bzG
Macedonische G.-O.	3	59,25bzG
Portug. Eisenb. O. 1886	3	— —
do. 1889	4½	82,20bz

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastricht	5	114,80bz
Altenburg-Zeitz	12	— —
Buschtiehrader B.	13	— —
Halberst.-Blankenb.	6	— —
Jura-Simpl. kv. Westb.	4	89,00bz
Ludwigshaf.-Bexbach	11	245,00bzG

Ausländ. Eisenb.-Stamm- u. Stamm-Prior.-Aktien.

Aussig-Teplitz	15	— —
Böhmische Nordbahn	7½	— —
Galiz. (Karl-Ludw.-B.)	5	99,60G
Graz-Köflach	6½	— —
Kaschau-Oderberg	4	— —
Kronpr. Rud. St. Sch.	4	99,80bz
Lemberg-Czernowitz	6½	— —
Oesterr. Nordwestb.	5	— —
do. B. Elbethalb	5½	— —
Südösterreich (Lomb.)	6/5	30,10bz
Ungar.-Galiz. (gar.)	5	— —
Ivangor-Dombrowo	5	— —
Kursk-Kiew	9⅜	— —
Warschau-Terespol	5	— —
Warschau-Wien	19⅝	408,00bzB
Gotthardbahn	5,30	144,25B
Ital. Meridionaux	6⅗	137,40bz
Lüttich-Limburg	0,10	— —
Luxemb. Pr. Hur.	4½	104,10bzG
Schweiz. Centralbahn	8	142,80bz
do. Nordostbahn	5½	101,50bz
do. Unionbahn	3½	78,10bzG

Deutsche Hypoth.-Pfandbriefe u. Rentenbriefe.

Anh.-Dessauer Pfdbr.	4	100,50G
D. Gr.-K.-B. IV. rz. 110	3½	102,60G
do. V. rz. 100	3½	96,80G
do. VI. unkb. b. 1900	4	100,30G
do. VII. unkb. b. 1903	4	101,60G
Deutsch. Grundsch. Obl.	4	100,00bzG
do. do. V. VI.	4	101,50bzG
Deuts. Hyp.-B.-Pfdbr.	5	— —
Hamb. Hyp. rzb. à 100	4	100,00bzG
do. unkdb. bis 1900.	3½	97,50bz
do. alte Ser. 1-45	3½	96,50bz
do. S. 46-105, uk. 1905	3½	99,00G
Hann. Bod. Pf. I. uk. 1904	3¾	101,00G
do. do. II.	3½	99,00G
Meininger. Hyp.-Pfdb.	3½	97,00bzG
do. II unkdb. bis 1900	4	100,50bzG
do.	3½	98,00bzG
do. Präm.-Pfdbr.	4	138,30bzG
Nordd. Gr.-Cred.-Pfdb.	4	99,75G
do. IV. V. ukb. b. 1903	4	100,30bzG
Ostpreussische	3½	99,10bz
Pom. II. V., VI. 1900 uk.	4	100,00bzG
do. VII. VIII. 1904 uk.	4	101,25bzG
Posensche	4	102,50B
P. B.-C.-Pfd. I. II. rz. 110	5	113,10G
do. III., V. u. VI. rz. 100	5	107,75G
do. XIII. rz. 100	4	100,60G
Pr. Centrb.-Pfdbr. 1900	4	104,10G
do. do. 1900	3½	96,50bzG
do. do. 1906	3½	98,00bzG
Pr. Hp.-A.-B. VII-XII	4	100,00G
do. do. XV-XVIII.	4	100,50bzG
Pr. Hp.-V.-A.-G. 1905	4	101,25G
do. do. Cert.	3½	96,80bzG
Pr. Pfdbr.-Bk. uk. 1905	3½	96,50G
do. XVIII ukdb. 1908	3½	98,25bzG
do. Kleinb.-Obl. b. 1904	3½	98,50G
do. „ „ b. 1908	4	102,60G
do. Comm.-Obl. b. 1907	3½	98,50G
Sächsische	4	104,10G
do.	3½	99,90B
do.	3	89,70B
Westpr. ritt. I. I. B.	3½	99,90B
Rentenbr. Pommersche	4	102,60G
Rentenbr. Posensche	4	102,60G
Rentenbr. Preussische	4	102,60G
Rentenbr. Sächsische	4	102,60G
Rentenbr. Schlesische	4	— —

Bergwerks- u. Hütten-Ges.

Aplerbeck	4	134,00bzG
Arenberger Bergwerk	60	885,00B
Baroper Walzwerk	0	84,25bzG
Berzelius	6	134,25bzG
Bismarckhütte	15	235,00bzG
Bonifacius Bergwerk	0	136,00bzG
Concordia-Bergwerk	19	257,50bzG
Consolidat. Bergw.-G.	18	288,00G
Consol. Marie	—	104,00bzG
Duxer Kohlen kon.	10	151,00bzG
Eschweiler Bergwerk	15	213,00bzB
Gelsenkirch. Gussstahl	12	212,50bz
Georg-Marien-St.-A.	8	149,90bz
do. St.-Pr.	8	157,25bzG
Harzer Eisenw. konv.	0	— —
do. Lit. A. B. „	6⅔	161,00bzG
Inowrazl., Steinsalzb.	3¾	70,10bz
Kattowitzer	12	208,50bzG
Königin-Marienhütte	5	94,50bzG
König Wilhelm konv	15	224,50bzG
do. St.-Pr.	20	282,75bzG
Leopoldsgr. Eckeritz	5½	103,60G
Luise Tiefbau konv.	0	73,50bzG
do. do. St.-Pr	4	110,00bz
Magdeburg.-Bergwerk.	30	405,00bzG
Marienhütte Kotzenau	3½	94,60bzG
Mend. & Schwert. St.-Pr.	5½	95,00bzG
Rhein.-Nassau. B.	7½	210,00bz
do. Stahlw. Lit. C	15	227,00bzG
Schlesisch. Zinkhütten	15	— —
Stadtberger Hütte	6½	149,75bz
Wurm-Revier	7½	131,50bzG

Oblig. v. Industr. u. Bergw.-Ges.

Allg. Elektr.-Gesellsch.	4	101,40bzG
Aschersleb. Kaliwerke	5	100,50G
Bochumer Gussstahl	4	103,25G
Dessauer Gas	4½	107,25B
Dortmunder Union	5	112,30G
Gr. Berl. Pferdeb. I. u. II	3½	99,25bz
Hamb.-Packetfahrt	4	— —
Laurahütte	3½	95,40bzG
Naphta-Obligationen	4½	100,60bzG
Norddeutscher Lloyd	4	101,75G
Oberschl. Eisen-Ind.	4	— —
v. Tiele-Winkler	4	— —
Zoologischer Garten	4	101,50G

Bank-Aktien.

Bank d. Berl. Kassenv.	6⅝	143,80G
Berg-Märk. B. i. Elbf.	7½	160,00G
Börsen-Handelsverein	6	107,60G
Cob.-Goth. Kredit-Ges.	4½	98,20bzG
Cöln W. u. Komm.	5½	105,10bzG
Danziger Privatbank	6¾	138,50bz
Deutsche Grundschuld	7	127,20G
do. Effekt.-B. (Hahn)	7	122,10bz
do. Hypoth.-B. (Berl.)	6	118,75bzG
Dresdener Bankverein	7	117,25bzG
Essener Kredit	7½	138,50B
Gothaer Privatbank	6½	130,25G
do. Grundkreditb.	4	134,75bzG
do. do. junge	4	117,00bzG
Hamburg. Hypoth.-B.	8	155,10bzG
Königsberg. Vereinsb.	6	114,75bz
Leipziger Bank	10	182,25bzG
Lübecker Kommerzb.	7⅔	141,00bzG
Magdeburger Privatb.	5½	115,25bzG
Nordd. Grund-Kredit.	4½	97,25G
Pr. Hyp.-B. (Spielb.)	6½	132,20bzG
Preuss. Pfandbr.-Bk.	6½	118,50G
Realkredit-Bank	—	27,00G

Leipziger Börse, 24. Januar.

Zf.		M.		Zf.		M.	
3	Sächs. Rent.-Anl.	5000 4000	91,80G	4	Mansf. Gew. 1882		101,00G
3	do.	1000	91,80G	4½	do. 1879		100,50G
3	do.	500	91,80G	4	do. Em. 1875		100,50G
		Thlr.		4	Lpz. Stadtobl. 1884		99,60bz
3%	Staatsanl. 1855.	100	93,20G	4½	do. 1876		99,60bz
3½	do. 67 kv. 4%	500	100,25G	3½	Altb. Landoblig.	1000	100,50G
3½	Landrentendr.	500	98,25B	3½	do. do.	500	100,50G

Div.	Eisenb.-Stamm-Akt.	
15	Aussig-Tepl. 500 fl.	323,00G
7⅔	Böhm. Nordbahn	— —
14 4/7	Buschtiehrad. Lit. A.	— —
13	do. do. B	321,00G
10 fl.	Galiz. K.-Ludw.-B.	— —
6½	Graz-Köflach.	141,50G
2¼	Marienburg-Mlawka	83,00G

Div.	Eisenb.-St.-P.-Akt.	
6	Dux-Bodenb. Lit. A.	— —
6	do. do. B.	— —
5	Marienburg-Mlawka	— —

Div.	Bank- u. Kredit-Akt.	
11	Allg. D. Kr.-A. Lpz.	207,25bzG
9	Dresdener Bank	165,00B
6½	Gothaer Privatb.	131,50B
10	Leipziger Bank	182,25bzG
8	do. Hypothek.-B.	148,00B
6½	Sächs. Bank	134,75G
6½	Zwickauer	116,25G

Div.	Industrie-Papiere.	
9	Chemn. Werkz. (Zim.)	194,75B
24	Cröllw. Papierfabr.	— —
4	4% do. Schldvschr.	101,50G
4	Dörstewitz-Rattm.	77,75G
5	D. W. M. (Sonderm. & Stier) Vorz.-A.	144,50bzG
20	Geraer Jutesp. u. W.	269,00G
9	Germania (Schwalbe)	158,10G
27	Gersd. Stkb.-V., St.-A.	448,00G
61½	do. do. Pr.-A. I	950,00G
57	do. do. do. II	845,00G
1	Hallesche Str.-B.	109,00G
2	Kette Elbsch.-G.-Akt.	75,00G
6	Körbisd. Zuckerfb.	110,50B

Div		
5	Leipz. Baubank	106,00G
5½	do. Elektr.-Werke	120,75G
4	do. elektr. Strassb.	138,50G
8	do. Gr. elektr. Strassb.	207,25bzG
10	do. Bierbr. Reudn., v. Riebeck & Co.	205,50G
10	Lpz. Kammgarnsp.	— —
11	do. Malzf. Schkeud.	176,00G
0	do. Wollkämmerei	135,50G
40 M.	Mansfelder Kuxe	980,00bzG
0	Sächs. Kammg.	82,00B
10	Sächs. M.-F. (Hartm.)	173,00G
9	Sächs. Webstuhl-Fabr. (Schönherr)	231,00G
12	Thür. Gasges. Spz.	228,50G
12	do. Stamm-Pr.	228,50G
7½	S.-Thür. Br. V. St.	137,00B
7½	do. St.-Prior.	140,00G
6½	Zeitzer Par. u. S.-A.	115,75G
—	do. do. Oblig.	101,00G
6⅔	Zuckerfabr. Glauzig	118,50G
8	Zuckerraff. Halle	122,00G

%	Ausl. Eisenb.-Pr.-Obl.	
3½	Aussig-Teplitzer	97,25G
4	Böhm. Nordbahn	— —
5	do. do. Gold	100,75G
4	Buschtiehr. 1896 (stfr.)	100,25G
4	do. do.	100,25G
5	do Em. 1868/71/72	106,25G
4½	do. Gold	— —
5	Dux-Bodenbach	80,00B
5	do. Em. 1871	108,75G
5	do. do. 1874	110,25G
4½	Graz-Köflacher	64,25G
5	do. Em. v. 1871 u. 72	102,75G
4	Kaschau-Oderberg	99,10G
4	Prag-Dux Gold	107,30G
5	do. Gold	— —
5	Prag-Turnau	— —

Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18990125012/fragment/page=0004